

**INTERNATIONALES
SAARBRÜCKEN**

www.saarbruecken.de/zib

Migration und Vielfalt weiterdenken.

Dokumentation



Vorwort	3
Einführung.	4
Stärker als Viren. Auf dem Weg zur Teilhabegesellschaft?	6

WORKSHOPS

Der erste Eindruck zählt Ankommensstrukturen als Standortfaktor	10
Zusammen denken Was bedeutet intersektionelles Arbeiten?	15
Digitalisierung: Der Geist in der Maschine KI in der Migrationsarbeit	19
Integration durch Qualifizierung Eine Zwischenbilanz.	23

Information ohne Sprachbarriere Alle erreichen – wie geht das?.	26
Keine Zeit zu verlieren Deutsch als Fremd- und Zweitsprache Aufgabe auf allen Ebenen	30
Keine:r kann's allein Zivilgesellschaft und Kommune Hand in Hand	35
Integration durch Bildung? Wie Bildungsgerechtigkeit sozialräumlich gefördert werden kann.	40
Virtueller Marktplatz.	44
Abschluss	46
Feedback	51

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Saarbrücken ist nicht nur eine Stadt an der Grenze, sondern auch eine Stadt, die ohne Einwanderung aus der ganzen Welt schon lange nicht mehr denkbar wäre. Dabei spielen humanitäre Aspekte genauso eine Rolle wie europäische Binnenmigration, etwa im Bereich der häuslichen Pflege, der Industrie und Landwirtschaft, oder die Internationalität der Hochschulen. Der Wettbewerb um die klügsten Köpfe aus dem Ausland ist inzwischen in vollem Gange – zwischen den Städten und Regionen in Deutschland, aber auch zwischen Deutschland und anderen Ländern, die auf Einwanderung angewiesen sind. Für Saarbrücken und das Saarland bedeutet das, sich in diesem Wettbewerb gut zu positionieren. Wir sind auf einem guten Weg: etwa mit der Anwerbung von medizinischem Fachpersonal im städtischen Klinikum, mit dem Start der Europäischen Schule oder mit dem Bau der Bildungswerkstatt in Malstatt. Jetzt heißt es, die Strukturen nachzuziehen, die für eine noch bessere Ankommenssituation sorgen.

Das war nur eines von vielen Themen, die während der Tagung in den Workshops behandelt wurden. Es ging auch um Fragen von sozialer Gerechtigkeit, um die Zusammenarbeit zwischen Kommune und Zivilgesellschaft, um Digitalisierung, Bildung und Arbeitsmarktintegration.

Ich freue mich, dass so viele Menschen an dieser Tagung interessiert waren und sich auf der digitalen Plattform umhören und umschauchen wollten. Sie alle sind Teil einer erfolgreichen Strategie im Umgang mit Migration und Vielfalt in Saarbrücken. Dafür danke ich Ihnen.

Barbara Meyer
Bürgermeisterin der
Landeshauptstadt Saarbrücken





Veronika Kabis

Veronika Kabis leitet seit 2003 das Zuwanderungs- und Integrationsbüro der Landeshauptstadt Saarbrücken. Ihr Fokus liegt auf der Weiterentwicklung der kommunalen Integrationsarbeit als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung, in der Netzwerkarbeit mit Zivilgesellschaft und Institutionen und in der Stadtteilentwicklung. Als Sprachwissenschaftlerin liegt ihr das Thema „Kommunikation ohne Barrieren“ besonders am Herzen.

→ KONTAKT: veronika.kabis@saarbruecken.de

EINFÜHRUNG

Wir leben in einer postmigrantischen Gesellschaft. Also einer Gesellschaft, die unumkehrbar von Migration geprägt ist. Damit ist vieles, aber nicht alles gesagt. Ich glaube, dass wir den Horizont erweitern, wenn wir von der Internationalität dieser Stadt sprechen. Wir sehen dann auch ihre Verwobenheit in den Grenzraum. Wir sehen die kosmopolitische Seite des Wissenschafts-, Wirtschafts- und Kulturstandorts Saarbrücken. Wir sehen aber auch die Verstricktheit unserer klimaschädlichen Lebensweise mit den Nöten des globalen Südens. Wir sehen die Wechselwirkungen von Fachkräftemangel hier und Auswanderungsdruck dort. Und wir sehen, was unsere Stadt attraktiv macht für Menschen aus aller Welt und was fehlt, wenn wir sie hier halten wollen.

Ich sehe einer Person, die über den St. Johanner Markt flaniert, nicht an, ob sie in dritter Generation hier lebt oder hierher geflüchtet ist; ob sie zufällig einen Studienplatz in Saarbrücken aus der Lostrommel gefischt hat. Ich sehe nicht, ob sie vorüberge-

hend zu Besuch ist, mit einem Arbeitsvertrag in der Tasche hierherkam, sich erst vor Ort in den Arbeitsmarkt eingefädelt oder vielleicht ein großes oder kleines Unternehmen gegründet hat.

Für die Frage, wie sich die Stadt entwickeln sollte, sind alle diese Menschen, ihre Biografien und Lebensräume relevant. Die der privilegierten Menschen und jener, deren Leben prekär ist. Die der Passantinnen und Grenzgänger und die der Menschen, die hier Wurzeln geschlagen haben. Zwischen allen diesen Menschen verlaufen wiederum Verbindungs- und Trennlinien kreuz und quer durch Herkunft, Geschlecht, Klasse, Alter, sexuelle Identität und die vielen anderen Facetten, die einen Menschen ausmachen.

Diesen Blick aufs Ganze wollen wir heute versuchen. Das stimmt natürlich nicht wirklich – es werden allenfalls Bruchstücke sein, die wir betrachten können.

Was aber die Idee hinter dieser Tagung ist: Es geht darum, Durchlässigkeit herzustellen: Durchlässigkeit zwischen Themen, Ebenen und versäulten Strukturen, zwischen Behörden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Auch mit der Wahl der digitalen Plattform gehen wir den Weg der Durchlässigkeit (wenn auch, zugegebenermaßen, nicht ganz der Barrierefreiheit), indem wir möglichst viele Gelegenheiten des Austauschs untereinander schaffen. Ich glaube, dass wir alle noch besser darin werden müssen, die Perspektiven zu wechseln und die Ressourcen zu bündeln. Keine und keiner schafft es alleine, wenn wir die Krisen, in denen wir stecken, bewältigen wollen.

Wenn alles sich ändert, dann ändere auch du alles. Das habe ich in der Pandemie gelernt. Wir leben in einer Umbruchzeit. Im Umbruch hilft am besten: mitgehen statt stehenbleiben. Ausprobieren statt nörgeln. Verändern statt festhalten.

Unter diesem Gesichtspunkt haben wir auch den Vortrag von Yasemin Bekyol an den Anfang gestellt. In der Studie der Uni Nürnberg-Erlangen wurde mit Szenarien gearbeitet: also „Was passiert, wenn...“ Wenn die pandemiebedingten Herausforderungen in der Integrationspolitik ignoriert oder aber beherzt angepackt werden. Es geht darum, die Zukunft abzutasten und nicht plan- und ideenlos hineinzustolpern.

Bevor wir loslegen, möchte ich mich bedanken: bei allen, die sofort gesagt haben, sie machen mit – dem IQ-Landesnetzwerk Saar, den Referentinnen und Referenten aus Wissenschaft und Praxis von nah und fern, den Vereinen, Beratungsstellen und Organisationen, die sich auf dem Marktplatz und in Workshops präsentieren; bei den Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung, die hier mitmachen;

bei Margot Behr, die das wunderschöne Tagungsdesign entworfen hat; bei der Kongress- und Veranstaltungsagentur der Saar-Uni, die uns sehr professionell durch die letzten Wochen begleitet hat; bei meinem Team im Zuwanderungs- und Integrationsbüro, das den Weg dieses Experiments frohen Mutes mitgegangen ist.

Ich wünsche uns eine spannende Tagung, wichtige Impulse und Erkenntnisse, die uns gemeinsam in Saarbrücken voranbringen werden.

Veronika Kabis

Leiterin des Zuwanderungs- und Integrationsbüros der Landeshauptstadt



PLENUMSVORTRAG

Stärker als Viren. Auf dem Weg zur Teilhabegesellschaft?

→ Studie „Auswirkungen und Szenarien für Migration und Integration“
www.covid-integration.fau.de

REFERENTIN:

Yasemin Bekyol, Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg (FAU)

MODERATION:

Sandra Steinmetz, Landeshauptstadt Saarbrücken,
Zuwanderungs- und Integrationsbüro



Yasemin Bekyol, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU)

Yasemin Bekyol ist Doktorandin am Institut für Politische Wissenschaft der FAU. Neben ihrer Promotion arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Studie zu den Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf Migration und Integration in Deutschland und an einer Auftragsstudie zu den Rechten weiblicher Asylsuchender in Deutschland und Belgien für das Europäische Parlament. Zudem arbeitete sie beim DRK-Generalsekretariat als Referentin für ein EU-Projekt zur Aufnahme und Integration von Asylsuchenden im Resettlement und Relocation Programm.



KONTAKT: yasemin.bekyol@fau.de

EINFÜHRUNG

COVID-19 hat nahezu jeden Aspekt von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik getroffen, der für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von Relevanz ist. Die Pandemie hat sich auch auf den Zugang zu Gesundheit, Wohnen, Bildung und Arbeit ausgewirkt. Migrant:innen und Geflüchtete sind in besonderem Maße von dieser Pandemie betroffen. Auch mehren sich Hinweise auf eine Zunahme von Diskriminierung und Rassismus. Wie wird sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in den nächsten Jahren entwickeln? Die Universität Nürnberg-Erlangen entwickelte in einer Studie, die von der Stiftung Mercator gefördert und von Prof. Dr. Petra Bendel, Yasemin Bekyol und Marlene Leisenheimer durchgeführt wurde, verschiedene Szenarien und leitete Handlungsempfehlungen ab, damit Deutschland nicht auf eine Exklusionsgesellschaft, sondern eine teilhabeorientierte Gesellschaft zusteuert. In ihrem Impulsvortrag stellte Yasemin Bekyol die Studie und ausgewählte Ergebnisse vor

VORTRAG

Zu Beginn wurden erste Tendenzaussagen über kurzfristige Auswirkungen der Pandemie auf Mobilität und Teilhabe getroffen. Besonders Grenzschließungen führten bei bestimmten Personengruppen, wie etwa Asylsuchenden oder Arbeiter:innen zu Unsicherheiten und prekären Lebensbedingungen. Die Teilhabe wurde in vielen gesellschaftlichen Bereichen durch weitere Maßnahmen geschwächt. Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung war aufgrund der Schnelllebigkeit von Informationen und mangelnder öffentlicher Kommunikation erschwert, vor allem wenn Sprachbarrieren für Menschen mit geringeren Deutschkenntnissen hinzukamen. Auch im Bereich der Wohnungsversorgung kam es zu besonderen Nachteilen für bestimmte Personengruppen, bspw. Asylbewerber:innen oder Wohnungslose, die in Sammelunterkünften untergebracht wurden, welche die Ansteckungsgefahr erhöhten und den Zugang zu Hygienemaßnahmen erschwerten. Beengte Wohnverhältnisse von finanziell schwächer gestellten Familien konnten zusätzlich den Zugang zu (schulischer) Bildung während Home-Schooling-Phasen behindern. Fehlende Lernorte im eigenen Zuhause oder ein Mangel an Internetzugang und Endgeräten sowie stark unterschiedliche Unterstützungsmöglichkeiten der Eltern sorgten für eine größere Chancen-

ungleichheit. Eingeschränkte Bedingungen für Praktika, begrenzte Beratungsstrukturen und fehlende Ausbildungsmessen erschwerten den Übergang von der Schule zur Berufsausbildung oder zum Studium. Auf dem Arbeitsmarkt selbst war zu beobachten, dass Migrant:innen überdurchschnittlich stark von Erwerbslosigkeit betroffen waren, da sie häufiger in weniger festen Anstellungsverhältnissen arbeiteten. Gleichzeitig war ihr Risiko, an COVID-19 zu erkranken, erhöht, da sie stärker in sogenannten systemrelevanten Berufen vertreten sind, bei denen sich eine gewisse körperliche Nähe nicht vermeiden lässt und Heimarbeit nicht möglich ist, z.B. in der (Alten-)Pflege oder im Lebensmitteleinzelhandel. Während Migrant:innen in genannten Bereichen häufig selbst schwer betroffen sind von den Auswirkungen der Pandemie, verstärkten sich parallel dazu rassistische Diskurse, die häufig auf der Suche nach „Sündenböcken“ für die Herkunft des Virus, hohe Ansteckungszahlen oder niedrige Impfraten beruhten.

Im zweiten Teil des Vortrags wurden drei mögliche Szenarien vorgestellt, die im Rahmen der Studien entwickelt wurden und unterschiedliche Zukunftsvisionen von Integration in unserer Gesellschaft im Jahre 2030 darstellen. Im ersten Szenario könnte Deutschland sich aufgrund wirtschaftlicher Folgen der Pandemie und einer nationalistischen Narrative zu einer Exklusionsgesellschaft entwickeln, in der rechtspopulistische Parteien die Regierung bildeten und Integration sich an Assimilationskonzepten orientierte. Eine weitere Möglichkeit wäre die Ausrichtung hin zu einer utilitaristischen Gesellschaft, in der aufgrund des Bedarfs an Arbeitskräften neue „Gastarbeiter“-Verträge abgeschlossen würden und selektive Arbeitsmigration für Fachkräfte und Hochqualifizierte im Vordergrund stünden. Integration griffe in diesem Szenario lediglich für Menschen mit langfristigem Aufenthalt oder berufsspezifisch, sofern diese dem Arbeitsmarkt „diente“. Im dritten Szenario würde Deutschland sich zu einer echten Teilhabegesellschaft entwickeln, die eine gesamtgesellschaftliche Perspektive auf Integration einnahm und sich an konkreten Bedarfen orientierte. Nach der Pandemie würden Städte und Kommunen als Brückenbauer zwischen Politik und Gesellschaft anerkannt und ein erhöhtes Bewusstsein für „Systemrelevanz“ sowie

Diskriminierung und Rassismus entstünde. Progressive Mehrheiten könnten sich in der Politik durchsetzen und Integration würde zum aktiven Gesellschaftsauftrag.

Damit der Weg zu einer Teilhabegesellschaft gelingen kann, gab Yasemin Bekyol im letzten Teil ihres Vortrags entsprechende Handlungsempfehlungen zu den einzelnen Teilbereichen der Studie ab. Eine Voraussetzung besteht bspw. darin, dass Mobilität – auch bei Fluchtmigration – sicher und verlässlich gestaltet werden muss. Wichtige Basis für Teilhabe ist ein mehrsprachiger und barrierefreier Zugang zu Informationen, medizinischen Dienstleistungen und Bildungsangeboten. Außerdem müssen Schutzstandards gesetzt werden, deren Gültigkeit auch in Krisensituationen sichergestellt ist, und aktive Antidiskriminierungsmaßnahmen auf dem Wohnungsmarkt. Im Bereich (Aus-)Bildung und Zugang zum Arbeitsmarkt sollten aufsuchende Beratungsangebote (auch für Betriebe) ausgebaut und Bürokratie, z.B. bei der Anerkennung von Qualifizierungen aus dem Ausland, abgebaut werden.

DISKUSSION

In der Diskussion stand vor allen Dingen das Thema Bildungsgerechtigkeit im Zentrum. Teilnehmer:innen aus dem Plenum kommentierten teilweise ihre eigenen Erfahrungen aus Beruf und Ehrenamt, besonders die schwierige Erreichbarkeit von Kindern und Jugendlichen in Zeiten von Schulschließungen bzw. Home Schooling war Gegenstand der Diskussion. Aufgrund der immer stärker aufkeimenden rassistischen Ressentiments in der gesellschaftlichen Debatte wurde auch mehr Engagement auf politischer Seite und Bildungsarbeit gegen Diskriminierung gefordert.

WORKSHOP

Der erste Eindruck zählt Ankommensstrukturen als Standortfaktor

➔ <https://welcome.stuttgart.de>

REFERENTIN:

Suzana Hofmann, Welcome Center Stuttgart

PODIUM:

- **Sebastian Kurth**, leitet die Wirtschaftsförderung der LH Saarbrücken
- **Thomas Hesse**, ist Personalchef beim Städtischen Klinikum Winterberg Saarbrücken
- **Wolfgang Vogt**, koordiniert das Landesnetzwerk IQ Saarland
- **Doris Kollmann**, leitet das International Office an der HTW sowie
- **Suzana Hofmann**

MODERATION:

Veronika Kabis, Landeshauptstadt Saarbrücken, Zuwanderungs- und Integrationsbüro

DOKUMENTATION:

Martina Meyer, Landeshauptstadt Saarbrücken



Suzana Hofmann, Welcome Center Stuttgart

Suzana Hofmann ist Diplom-Soziologin und leitet das Welcome Center Stuttgart (Abteilung Integrationspolitik des Bürgermeisteramts der Landeshauptstadt Stuttgart). Suzana Hofmann ist Co-Leiterin der gemeinsamen Anlaufstelle der Landeshauptstadt Stuttgart sowie der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart des Welcome Center Stuttgart und bringt langjährige Erfahrung in der Migrationsarbeit, Aufenthaltsrecht, Flüchtlingsbetreuung und -beratung mit.

➔ **KONTAKT:** suzana.hofmann@welcome-center-stuttgart.de

EINFÜHRUNG

In den ersten Jahrzehnten der öffentlich geförderten Integrationsarbeit, d.h. ab den 1970er Jahren, sind Beratungsstrukturen aufgebaut worden: Ausländersozialberatung, die später in die Migrationsberatung für Erwachsene und Jugendliche übergegangen ist, Lotsendienste, Aussiedlerberatung, Flüchtlingsberatung und Beratungsdienste für spezielle Zielgruppen.

Die Migration hat sich seither deutlich verändert. Menschen kommen auf unterschiedlichen Wegen und aus vielerlei Gründen in ein Land, in eine Stadt, eine Region. Der Fachkräftemangel lenkt den Blick auf die Anwerbung aus dem Ausland, die Hochschulen locken auch zahlreiche internationale Studierende nach Saarbrücken. Ganzheitlichere Ansätze sind notwendig. Wie ist das Ankommen zu organisieren? Wie können sich Menschen möglichst schnell orientieren?

In den letzten Jahren haben sich unterschiedliche Modelle in deutschen Großstädten herausgebildet. Auch im Saarland gibt es Ansätze, die allerdings überwiegend unverbunden nebeneinander stehen, nicht sichtbar und nicht ausreichend sind. Hinzu kommt der Wegzug der Ausländerbehörde aus der Landeshauptstadt im Januar 2021. Dieses Ereignis

hat das Dienstleistungsangebot zusätzlich verschlechtert, wenn man bedenkt, dass „der erste Eindruck zählt“ und dieser erste Eindruck in Zeiten des Wettbewerbs um Fachkräfte ein handfestes Argument für die Städte geworden ist. Nicht umsonst wird ein „Haus des Ankommens“ als zentrale Notwendigkeit im Konzept „Internationales Saarbrücken“ der Landeshauptstadt benannt.

VORTRAG

Suzana Hofmann stellte mittels eines kurzen Films das Welcome Center Stuttgart vor. Es sieht sich als Anlauf- und Servicestelle für alle Neubürger:innen und internationalen Fachkräfte. Seine Aufgabe besteht darin, diese durch den „Behördenschwermel“ zu lotsen. Ziel ist es, das Ankommen in Stuttgart möglichst rasch und reibungslos zu gestalten. Das Welcome Center ist zentral gelegen in der Stuttgarter Innenstadt. Es informiert bzw. nennt weitere Beratungsstellen zu den Themen Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse; Arbeit, Stellensuche und Bewerbung; Ausbildung und Studium; Deutsch lernen; Einreise- und Aufenthaltsrecht; Gesundheitssystem; Kinderbetreuung; Mobilität; Religionsgemeinschaften; Schule; Vereine und Freizeitangebote; Versicherungen.

Wichtig für die erfolgreiche Arbeit des Welcome Centers ist der gute Kontakt zur Ausländerbehörde. Wichtig sind auch die Willkommenspaten, also Stuttgarter:innen, die die Neuzuwander:innen in ihrem Ankommen unterstützen. Gearbeitet wird im Tandem in einem vielsprachigen Team (10 Sprachen). Die Haltung lautet: „Wir finden für alles eine Lösung“.



Träger sind die Landeshauptstadt Stuttgart (Finanzierung von 2,5 Stellen Beratung sowie Sach- und Betriebskosten) und die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart für die Fachkräfteallianz Region Stuttgart (1,5 Stellen Beratung und 2 Stellen Leitung und Öffentlichkeitsarbeit). Kooperationspartner ist die Migrationsberatung der freien Träger der Wohlfahrtspflege (0,5 Stelle Beratung). Zielgruppe sind alle Neubürger:innen, darunter insbesondere Fachkräfte und deren Familienangehörige sowie internationale Studierende und Absolvent:innen. In der Grafik ist der Aufbau der Beratung dargestellt.

DISKUSSION

Thomas Hesse, Personalchef des städtischen Klinikums Winterberg, schilderte seine Erfahrungen mit der Anwerbung und dem Ankommen von mexikanischen Pflegekräften und Ärzt:innen. Er stellte fest, dass die Unternehmen mehr systematische Unterstützung beim (außerberuflichen) Ankommen ihrer ausländischen Fachkräfte benötigen. Zurzeit unterstützten sein Büro und er selbst mit hohem Zeitaufwand die angeworbenen Arbeitskräfte in vielen Bereichen des Ankommens, etwa bei der Wohnungssuche, bei Fragen des Familiennachzugs, bei der Suche nach Kita- und Schulplätzen. Diese aufwändige Beratungsleistung sei nicht alleinige Aufgabe der Unternehmen, sondern auch eine öffentliche Aufgabe.

Sebastian Kurth, Leiter der Saarbrücker Wirtschaftsförderung, unterstützt die Idee und Einrichtung eines „Welcome Centers“ auch für Saarbrücken. Angesichts des immer größer werdenden Fachkräftemangels (nicht nur in der Gastronomie und im Gesundheitsbereich) müssten die Anwerbung sowie das Ankommen für Zugewanderte so leicht wie möglich gemacht werden. Insbesondere die weichen Standortfaktoren seien für die Anwerbung

und das Halten von Fachkräften extrem wichtig. Zu den weichen Standortfaktoren zählen neben einfachen und übersichtlichen Behördenwegen u.a. Wohnen (auch für Führungskräfte und internationale Studierende), „alles rund um die Familie“ (Kita, Schulen, Arbeitsplatz für den bzw. die Partner:in), attraktives Umfeld (Natur, Kultur etc.). Aus Sicht der Wirtschaftsförderung muss sich Saarbrücken bekannter machen und für sich als Stadt besser werben, d.h. das Standortmarketing wird für die Anwerbung (ausländischer) Fachkräfte immer wichtiger. Insbesondere die Europäische Schule gelte es bekannter zu machen.

Wolfgang Vogt, Koordinator des IQ-Landesnetzwerks Saarland, erläuterte, dass es in Saarbrücken bereits viele Strukturen und Beratungsangebote gebe, allerdings fehle eine systematische Vernetzung. Das Zuwanderungs- und Integrationsbüro mit seinen Ressourcen sowie seinen kommunikativen und organisatorischen Kompetenzen sei möglicherweise geeignet, die Federführung für die Entwicklung eines Konzepts für eine ganzheitliche Ankommensstruktur in der Landeshauptstadt Saarbrücken zu übernehmen. Ein solches Konzept

solle mit möglichst vielen Partnern gemeinsam erarbeitet werden. Dabei gelte es aufzuzeigen, welche Strukturen bzw. Angebote vorhanden seien, welche Defizite vorlägen, welche weiteren Ressourcen notwendig seien und wie eine solche Struktur finanziert werden könne.

Im Saarland fällt die Ausländerbehörde in die Verantwortung des Landes. Einen Vorteil sieht Wolfgang Vogt darin, dass die Ausländerbehörde ein eigenes Team für internationale Fachkräfte vorhalte. Der Umzug von Saarbrücken nach Lebach bringe jedoch viele Nachteile mit sich, etwa die schlechte Erreichbarkeit. Eine Willkommensstrategie, die alle Neu-zugewanderten (also nicht nur die High Potentials) umfasse, sei grundlegend für eine erfolgreiche Integration. Das Stuttgarter Welcome Center sei dafür ein gutes Beispiel.

Der Diskussionsbeitrag von Doris Kollmann, Leiterin des International Office an der htw Saar, kam aufgrund technischer Probleme leider nicht zustande. Nachträglich eingebracht hat sie folgende Aspekte: Mehrsprachigkeit in der aufnehmenden Gesellschaft, Stadt, Behörde oder Hochschule zu fördern und

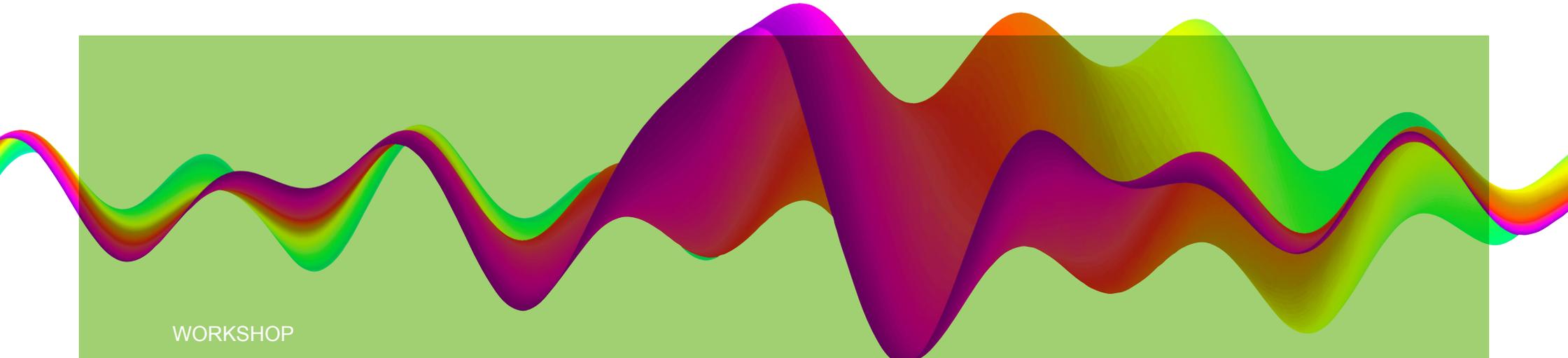
sichtbar zu machen, sei ein Kernelement von Teilhabe und gleichberechtigtem Dialog. Dienstleistungen für verschiedene Zielgruppen aus dem Ausland sollten zentral unter einem Dach gebündelt als ‚One stop shop‘ und sichtbar an einem prominenten Ort in der Stadt angeboten werden.

Im Chat wurde das Thema Ausländerbehörde mehrfach aufgegriffen. Als Vorschläge wurden genannt: regelmäßige Sprechstunden der Ausländerbehörde vor Ort; regelmäßiger Shuttle-Bus nach Lebach; Onlinezugangsgesetz: alle Formulare online und mehrsprachig anbieten.

FAZIT

Alle Beteiligten sprachen sich für einen Prozess aus, in dessen Verlauf die Entwicklung und Umsetzung einer ganzheitlichen Ankommensstruktur in der Landeshauptstadt Saarbrücken geprüft werden sollte. Diese könne allerdings nur in einer gemeinsamen Anstrengung von vielen Beteiligten realisiert werden. Die Struktur solle Angebote und Serviceleistungen für alle Neugewanderten rund um das Ankommen bieten.

Der Prozess zur Entwicklung und Umsetzung einer Ankommensstruktur solle von der Kommune angestoßen und gemeinsam mit Akteur:innen aus Behörden, Zivilgesellschaft und Wirtschaft vorangetrieben werden. In diesem Prozess gelte es zu klären, welche Ankommensstrukturen es bereits gebe und welche Lücken und Schnittstellen vorhanden seien. Es müsse ein Modell herausgearbeitet werden, das zu einer ganzheitlichen Ankommensstruktur führe: inhaltlich (Angebote und Serviceleistungen), organisatorisch (Struktur, personelle und finanzielle Ressourcen und Förderprogramme) und als sichtbarer, physischer Ort in der Saarbrücker City.



WORKSHOP

Zusammendenken Was bedeutet intersektionelles Arbeiten?

REFERENT:INNEN:

Farida Boukari, Change Network e.V.

Steven Commey-Bortsie, Change Network e.V.

MODERATION:

Jasmin Gertung, Landeshauptstadt Saarbrücken,
Zuwanderungs- und Integrationsbüro

→ <https://www.change-network.org>



Farida Boukari,
Change Network e.V.

Farida Boukari ist seit zehn Jahren beruflich im sozialen Bereich tätig, arbeitet in einem Kinderheim und an einer Förderschule. Sie studiert Pädagogik der Kindheit und ist alleinerziehende Mutter eines 5-Jährigen. Seit 2014 steht sie regelmäßig mit gesellschaftlich und politisch kritischen Texten rund um das Thema Antidiskriminierungsarbeit auf der Bühne. Sie engagiert sich im Change Network e.V.



Steven Commey-Bortsie,
Change Network e.V.

Steven Commey-Bortsie ist Student der Rechtswissenschaften und hat am Weiterbildungsprogramm zu Migrations- und Asylrecht der Refugee Law Clinic Saarbrücken e.V. teilgenommen. Seit 2017 ist er politisch aktiv bei SPD/Jusos Saar. Er ist beim Change Network e.V. engagiert und hat sich Expertise im Bereich antischwarzem Rassismus, Intersektionalität sowie staatlichem Rassismus und Polizeigewalt angeeignet. Er war als Referent zum Thema Alltagsrassismus u.a. für den Juso Landesverband Saar und im Netzwerk für Demokratie und Courage tätig.

EINFÜHRUNG

Beide Referent:innen gehören dem Change Network e.V. an. Sie arbeiten aktiv an anti-rassistischen Strukturen in unserer Gesellschaft und stellen sich intersektional gegen jegliche Form der Diskriminierung.

Alter und Generation, Nationalität, Herkunft und Sprachen, Bildung und Erfahrungen, körperliche und mentale Voraussetzungen, Merkmale der Persönlichkeit, Wertvorstellungen und Weltanschauungen, Lebenssituationen sowie Geschlecht, Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung sind Kategorien, die Diversität ausmachen. Diese Vielfalt zieht auch Negativität an, sodass Altersdiskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit, Klassismus, Trans- und Homophobie sowie Sexismus entstehen. Intersektionalität ist dann gegeben, wenn mehrere Kategorien der Diversität zutreffen und dadurch Diskriminierung einer bestimmten Person oder Personengruppe entsteht.



KONTAKT: info@change-network.de

VORTRAG UND DISKUSSION

Steven Commey-Bortsie führt folgenden Begriff von Intersektionalität ein: „Intersektionalität (engl. intersection: Kreuzung, Schnittpunkt) beschreibt die integrative Analyse des Zusammenwirkens unterschiedlicher Formen und Dimensionen von Ungleichheit, Differenz und Herrschaft. Die in der Intersektionalitätsforschung verwendeten Differenzkategorien (die meist genannten sind race, class, gender), in denen Machtverhältnisse wirken, die einige Eigenschaften privilegieren und andere diskriminieren, werden dabei gesellschaftlich konstruiert.“

Im weiteren Verlauf des Workshops zeigen die Referent:innen Bilder von Personen, auf denen die Workshop-Teilnehmer:innen aufzeigen sollen, inwiefern hier Intersektionalität eine Rolle spielt. Zu sehen ist ein älterer Mann mit Kapuze, der Opfer von Altersdiskriminierung und von Armut betroffen sein könnte. Andere Bilder zeigen Behindertendiskriminierung (junger Mann mit schwarzer Sonnenbrille und Blindenstock), Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Frau mit Kopftuch) und das letzte Bild (eine weiße und eine schwarze Frau liegen Gesicht an Gesicht) spricht sowohl die Geschlechterrollen an, da nicht klar ist, ob es sich bei der schwarzen Frau um eine Frau oder einen Mann handelte, als auch Homophobie. Farida Boukari diskutiert mit den Teilnehmenden, inwiefern die beiden Frauen Vor- und Nachteile in ihrem Leben erfahren könnten, etwa bei der Jobsuche.

Im nächsten Schritt fokussiert sich die Referentin auf intersektionales Arbeiten anhand von Textstellen aus der Studie „Auswirkungen und Szenarien für Migration und Integration vor und während der COVID19-Pandemie“ der FAU Erlangen-Nürnberg (vgl. Vortrag von Yasemin Bekyol).

Textstelle 1:

Bezogen auf den Zugang zur Gesundheit hat die Pandemie bereits bestehende migrationsspezifische Barrieren verstärkt. Diese betreffen v.a. vulnerable Gruppen wie Menschen mit Behinderung und chronischen Krankheiten, darunter Frauen noch einmal in besonderem Maße. Insbesondere die Meldepflicht öffentlicher Einrichtungen an Ausländerbehörden erschwert den Zugang zu Gesundheit. Schutzmaßnahmen wie die Versorgung mit Masken und Impfstoffen gerade für besonders Gefährdete, darunter Geflüchtete und Migrant:innen, gilt es zu fördern. Strukturell ist zu überprüfen, wie die Gesundheitskarte möglichst flächendeckend eingeführt werden kann. Der Zugang zu psychologischen und psychiatrischen gesundheitlichen Diensten sollte grundsätzlich, besonders aber im Zusammenhang mit der aktuellen Krise, vereinfacht und verstärkt werden.

Aus dieser Textstelle spricht ein intersektionaler Ansatz. Der Blick wird auf verschiedene Dimensionen gerichtet, es wird differenziert und nicht pauschal von „Migrant:innen“ gesprochen.

Textstelle 2:

Auf dem Arbeitsmarkt haben sich die Auswirkungen der Pandemie besonders deutlich gezeigt. Sie treffen tendenziell Arbeitnehmer:innen mit Migrationserfahrung und darunter v.a. jene mit Fluchterfahrung in verstärktem Maße, sind diese doch in besonders gefährdeten Berufen, in weniger festen Anstellungsverhältnissen und weniger für die Heimarbeit geeigneten Jobs tätig. Zugleich hat die Corona-Pandemie verdeutlicht, dass Migrant:innen und Menschen mit Fluchtgeschichte besonders häufig in systemrelevanten Berufen wirken. (...) Hier kann der Staat dafür sorgen, dass gesetzliche Instrumente und Fördermaßnahmen jenseits von gesetzlichen Regelungen gerechtere und sicherere Arbeitsbedingungen herstellen (entsprechend den neuen Regelungen für die Fleischindustrie) und dass etwa Anwerbeagenturen für Personal im Gesundheitsbereich einer strikten Zertifizierung unterliegen.

Hier hat der intersektionale Blick die Dimension Geschlecht vernachlässigt. Dass insbesondere Frauen mit Fluchterfahrung von den geschilderten Auswirkungen betroffen sind, wurde nicht umfassend erklärt. Dennoch spricht auch aus dieser Textstelle ein intersektionales Denken.

Die Referent:innen geben zum Schluss einen Ausblick auf die Entwicklungen im Bereich Intersektionalität. Kritisch sehen sie, dass der Anwendungsbereich sehr weitreichend sei und noch als eher ein akademisches Konzept gelte. Gestritten werde auch über die Frage, inwiefern eine „Opferkultur“ entstehe. Eine wachsende Aufgabe bestehe darin, dass die Betrachtung von Diversität immer weiter ausdifferenziert werde und so eine Forschungsproblematik entstehe. Intersektionalität werde immer komplexer und die Aufgabe, sie zu erforschen, immer umfangreicher.



WORKSHOP

**Digitalisierung:
Der Geist in der Maschine
KI in der Migrationsarbeit**

→ <https://www.algoright.de>

REFERENT:

Moritz Schillo, Algoright e.V.

MODERATION UND DOKUMENTATION:

Sandra Steinmetz, Landeshauptstadt Saarbrücken,
Zuwanderungs- und Integrationsbüro



Moritz Schillo,
Algoright e.V.

Moritz Schillo ist Referent für Wissenschafts- und Technologiepolitik im Bundestag. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter und wirkte an der Erstellung des Abschlussberichts der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale“ des Deutschen Bundestags mit. Als Mitglied des Thinktanks Algoright beschäftigt sich Moritz Schillo mit den ethischen, gesellschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen von Digitalisierung und insbesondere Künstlicher Intelligenz.

→ **KONTAKT:** info@algoright.de

EINFÜHRUNG

Die Digitalisierung vieler Lebensbereiche schreitet voran und macht auch vor der öffentlichen Verwaltung nicht halt: Digitale Verfahren und Werkzeuge werden zur Identifikation, als Entscheidungshilfe oder zur Verfahrensverwaltung genutzt. Zu diesen digitalen Werkzeugen gehört auch die Künstliche Intelligenz (KI), die zunehmend das Mittel der Wahl wird, um Prozesse und Entscheidungen automatisiert, effizient und vermeintlich objektiv zu gestalten. Doch KI und andere digitale Verfahren bergen auch Probleme und Risiken, insbesondere wenn sie in sensiblen Bereichen wie Asyl und Migration Anwendung finden.

In seinem Workshop beleuchtete Moritz Schillo die Fallstricke von KI und gibt Empfehlungen, unter welchen Voraussetzungen digitale Werkzeuge in Verwaltungsvorgänge eingebunden werden könnten oder sollten. An der anschließenden Diskussion nahm auch Tobias Raab, Saarbrücker Dezernent für Wirtschaft, Soziales und Digitales, teil.

VORTRAG

Zu Beginn seines Impulsvortrags erklärt Moritz Schillo zunächst den Begriff „Künstliche Intelligenz“: Was verstehen wir darunter und warum wird sie eingesetzt? KI wird meistens als Bezeichnung für lernende Systeme verwendet, die mithilfe von Algorithmen anhand großer Datenmengen für eine bestimmte Aufgabe trainiert werden und sich fortlaufend selbst optimieren. Auch im Bereich der Migrations- und Asylpolitik kommt KI zum Einsatz. Zum Beispiel verwendet der Dänische Flüchtlingsrat (DRC) KI, um Flüchtlingsbewegungen vorherzusagen. Das BAMF nutzt KI zur Analyse von Dialekten bei der Identitätsklärung in Asylverfahren. Als Hauptgründe für den Einsatz solcher Systeme werden laut Schillo gerne Effizienz, Kostenersparnisse und Objektivität genannt. Im weiteren Vortrag wurde der Hauptfrage nachgegangen, wie durch diese vermeintlich objektiven Verfahren dennoch Diskriminierung erfolgen kann. Ein wichtiges Kriterium ist die Qualität der Daten, mit denen eine KI trainiert wird. Sind diese unvollständig oder verzerrt, wirkt sich dies auf den Trainingsprozess und letztlich auch die Ergebnisse aus; Diskriminierung, die

bereits sich bereits in den Daten befindet, wird ggf. sogar noch verstärkt. Diskriminierung kann auch dadurch entstehen, dass eine KI „zweckentfremdet“ wird. Wenn ein System für einen bestimmten Anwendungsbereich trainiert wurde und sich dort bewährt hat, verleitet dies dazu, dieselbe KI auch in anderen (ähnlichen) Bereichen zu verwenden. Es muss jedoch sorgfältig überprüft werden, ob ein entsprechender Einsatz überhaupt angemessen ist.

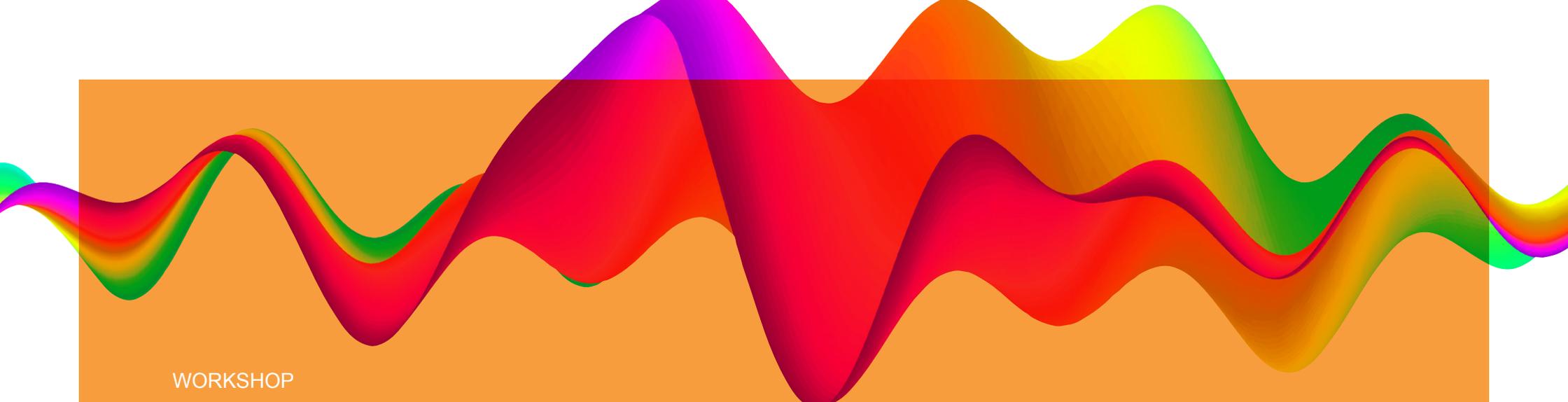
Moritz Schillo stellt im zweiten Teil seines Vortrages zwei Ansätze vor, mit denen Menschen in Abläufe integriert werden können, um zu verhindern, dass es zu Fehlern (oder Diskriminierung) durch KI kommt: Beim „Human-on-the-loop“-Prinzip überwachen bzw. beaufsichtigen Menschen den Einsatz einer KI, beim „Human-in-the-loop“-Prinzip gibt die KI lediglich eine Empfehlung ab und die endgültige Entscheidung wird weiterhin vom Menschen getroffen. Doch beide Ansätze können die Problematik nicht vollständig auflösen, sondern verschieben sie lediglich an andere Stellen innerhalb des Prozesses oder lassen neue Schwierigkeiten entstehen.

Im letzten Teil seines Impulses gibt der Referent daher Empfehlungen bei der Implementierung von KI ab. Auf der reinen Arbeitsebene („der kurze Weg“) sollte parallel zur Einführung auch kontinuierliches Monitoring und eine Evaluation erfolgen. Gleichzeitig sollte stets von Beginn eine Exit-Strategie für den Fall schlechter Evaluationsergebnisse mitgedacht werden, um sich in einem bestimmten Bereich nicht vollständig von einer neu eingeführten KI abhängig zu machen. Es müssen außerdem Transparenz-, Nachvollziehbarkeits- und Erklärbarkeitskriterien festgelegt und erfüllt werden. Auf der gesellschaftlichen Ebene („der lange Weg“) müssen außerdem ein gesellschaftliches Bewusstsein und damit verbunden auch ein ethisches Regelwerk für den Einsatz von KI geschaffen sowie soziale Prozesse verändert werden.

DISKUSSION

In der anschließenden Fragerunde stand vor allen Dingen die Frage im Raum, ob die Vor- oder Nachteile bei der Nutzung von KI überwiegen. Dies lasse sich jedoch nicht pauschal beantworten, sondern müsse im Einzelfall betrachtet werden. Grundsätzlich hinge es etwa von der Priorität beim Erreichen unterschiedlicher Ziele ab. Stehe die Kostenersparnis im Vordergrund, seien kleinere Fehlerquellen ggf. hinnehmbar, sofern das Gesamtergebnis zufriedenstellend bliebe. Aber gerade bei Einsatzgebieten, die explizit Menschen betreffen und über mögliche zukünftige Lebenswege entscheiden – etwa beim Thema Asylrecht – müsse jedoch besonders sensibel und verantwortungsvoll gehandelt werden. Auch das Thema Datenqualität war Gegenstand der Diskussion unter den Teilnehmenden. Aber auch die Frage, wie lückenhafte Daten vermieden werden können, ließe sich nicht einfach beantworten. Durch vielfältig zusammengesetzte Arbeitsgruppen, die für die Auswahl von Daten

verantwortlich ist, könnte eine gewisse Qualitätssicherung zwar ggf. verbessert werden, aber ein Grund für unvollständige Datensätze sei häufig auch, dass die entsprechenden Informationen überhaupt nicht systematisch erfasst würden oder zumindest nicht öffentlich zugänglich seien. Festgehalten wurde, dass es insgesamt noch viel zu wenig Sensibilität für die Thematik gibt und ein reines Schwarz-Weiß-Denken die Komplexität des Arbeitsfeldes nicht berücksichtigt.



WORKSHOP

Integration durch Qualifizierung Eine Zwischenbilanz

→ <https://www.netzwerk-iq.saarland>

REFERENTIN:

Caren Kremser, IQ Landesnetzwerk Saarland

DOKUMENTATION:

Eileen Wagner, IQ Landesnetzwerk Saarland



Caren Kremser,
IQ Landesnetzwerk Saarland

Caren Kremser ist seit März 2020 Koordinatorin des IQ Landesnetzwerk Saarland. Zuvor leitete sie beim Dachverband von IN VIA Deutschland e.V. in Freiburg das Projekt „BEGIN - Begleitung und Integration geflüchteter Frauen“. Caren Kremser hat einen Bachelor of Science in International Economics sowie einen Master of Arts in European Studies. Ihre Themen sind Migration und Fachkräfteeinwanderung, insbesondere unter den Gesichtspunkten von Empowerment und Interkulturalität.

➔ **KONTAKT:** kremser@gim-htw.de

VORTRAG

Im Workshop „Integration durch Qualifizierung – eine Zwischenbilanz“ haben Caren Kremser und Eileen Wagner gemeinsam mit zahlreichen ihrer Projektpartner:innen reflektiert, was das IQ-Landesnetzwerk Saarland bisher erreicht hat. Außerdem haben sie diskutiert, was wir noch tun müssen, um das Thema Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse weiter nach vorn zu bringen. Zwei Teilnehmende aus der Anerkennungsberatung und -begleitung haben über ihre Erfahrungen auf dem Weg der Anerkennung gesprochen und ihre Projektkolleg:innen berichteten von u.a. Flyer-Aktionen an der LKW-Raststätte, Theaterworkshops für Pflegekräfte und Saarländisch für Bäckereifachangestellte. Videoausschnitte aus der Social-Media-Kampagne, Quizzes und das Conceptboard haben die breit gefächerten Beiträge flankiert.

„Von allem, was wir in den letzten Jahren erreicht haben, war der Aufbau eines starken und stetig wachsenden Netzwerks unser größter Erfolg! Gemeinsam mit unseren strategischen Partner:innen sind wir saarlandweit die erste Anlaufstelle für alle Fragen zum Thema Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt. So können wir die Herausforderung, möglichst viele Menschen auf ihrem ganz individuellen Weg zur beruflichen Anerkennung zu begleiten, auch weiterhin meistern“.

Netzwerk Integration durch Qualifizierung

Quiz
 www.iq-netzwerk.de
 0612 466

Workshops
 Workshop zur Anerkennung von Qualifikationen
 Workshop zur Qualifizierung von Auszubildenden
 Workshop zur Qualifizierung von Flüchtlingen

ANERKENNUNG

Das haben wir erreicht:

Daran arbeiten wir aktuell:

Unsere Herausforderungen:

IQ FACT SHEET
 Zahlen, Daten, Fakten

IQ NETZWERK SAARLAND
 Stand Februar 2023

Im Saarland leben ca. 2.220.000 Menschen, 4,9% (22,5% der Einwohner*innen) eines Mitgliedernetzwerks. Das IQ-Netzwerk Saarland arbeitet seit 2007 daran, diesen Menschen nachhaltige berufliche Perspektiven zu ermöglichen, indem es sie dabei unterstützt, sich ihre im Ausland erworbenen Abschlüsse anerkennen zu lassen und durch hochqualifizierte Qualifizierungen eine integrationsfähige Stelle zu finden. Zudem werden saarländische Unternehmen, Arbeitsmarktkollegen und deren Mitarbeiter*innen zur Arbeit mit interkulturellen und vielfältigen Teams geschult sowie regionale Netzwerke im Rahmen der Fachkräftegewinnung etabliert.

12 PROJEKTE IM IQ NETZWERK SAARLAND

- Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung & Teilprojekte
 Foto Integration 1 Teilprojekte
- Qualifizierungsaufbau im Kontext des Anerkennungsprozesses
 5 Teilprojekte
- Interkulturelle Kompetenzentwicklung der saarländischen Arbeitsmarktkollegen
 2 Teilprojekte
- Regionale Fachstellennetze – Einwerbung
 2 Teilprojekte

ANERKENNUNGS- UND QUALIFIZIERUNGSBERATUNG
 Beratungen für Berufswende mit ausländischen Qualifikationen

Im IQ-Netzwerk Saarland werden, begleitet und unterstützt durch Auszubildende mit einflussreicher und kompetentem Berater*innen-Netzwerk, die mit ausländischen Berufsqualifikationen auf ihren Weg in und durch die Area Berufswende führen und zum Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt. Die mobile Anerkennungsberatung bietet ihnen darüber hinaus an den verschiedenen Lebens-Stationen im Saarland an, zu ermitteln und Beginn der Prozesskette 2019-2022 insgesamt 1.727 Personen Unterstützung, z. B. indem ihnen konkrete Anerkennungs- und Qualifizierungsangebote oder auch Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigt wurden. Zusätzlich wurden 189 Personen in Rahmen von Gruppenberatungsangeboten beraten.

BERATUNGEN 01/19-12/20	INHALTE DER BERATUNG	STARTLÄNGENÄHRIGKEIT DER BATSUCHENDEN (TOP 5)
1.727 Personen	Identifizierung des Notwendigen	Sprache 36,3 %
SCHWERPUNKTE	Beitrag zu Anerkennungsgeheimnissen	Studium 2,8 %
5,8 %	Unterstützung bei der Antragstellung	Deutschland 7,8 %
22,4 %	Regelung nationaler des Verfahrens	Sprache 5,6 %
68,6 %	Beitrag zu Qualifizierungsangeboten	Regionale Netzwerke 2,3 %
2,4 % Anerkennungsberatung	Informationen zur Finanzierung	
1,4 % Qualifizierungsberatung		
1,0 % Anerkennungsberatung		
1,0 % Qualifizierungsberatung		

Das bei der Arbeitserkennung des Sachverhalts ergebende Profil kann eingetragene zur Beratung und Unterstützung von Sachverhalten und Details eingetragene zu sozial- und arbeitsrechtlicher Fragestellungen hat in gleichen Dimensionen 322 Personen beraten und weitere 125 Personen in ähnlichen Gesprächssituationen informiert.

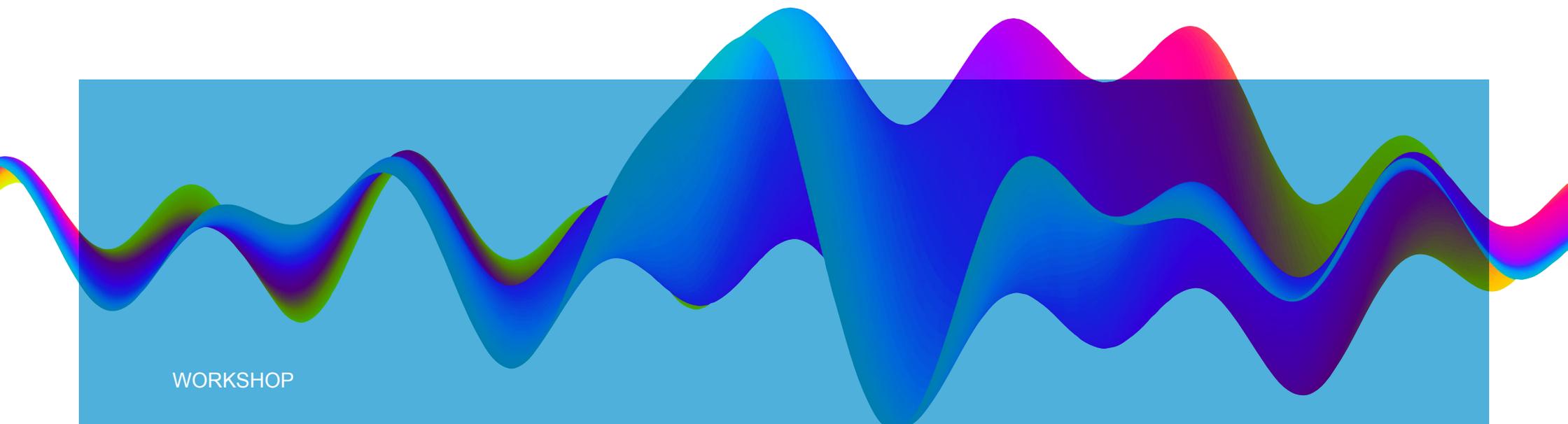
Zum Video: Warum Theater?

IQ Netzwerk Saarland
 10. November um 02:02 · G

Dass das "richtige Kommunizieren" für deutsche Muttersprachler*innen eine Herausforderung ist, haben wir gestern ja schon feststellen können... nur wie ist es, wenn eine internationale Fachkraft hier in Deutschland leben und arbeiten möchte? Wie geht sie/er an diese schwierige Situation heran? Cecilia Paladines von Los Paladines bietet Onboarding-Workshops auf Grundlage von Theatermethoden an und unterstützt die internationalen Fachkräfte auf ihrem persönlichen Weg.

Wenn ihr euc... Mehr anzeigen

3 Mai geteilt



WORKSHOP

Information ohne Sprachbarriere Alle erreichen – wie geht das?

REFERENTIN:

Meltem Arsu, Neue Deutsche Medienmacher:innen/
Handbook Germany

MODERATION:

Veronika Kabis, Landeshauptstadt Saarbrücken,
Zuwanderungs- und Integrationsbüro

DOKUMENTATION:

Julia Weinhold, Landeshauptstadt Saarbrücken
Veronika Kabis, Landeshauptstadt Saarbrücken,
Zuwanderungs- und Integrationsbüro

→ <https://www.handbookgermany.de/de.html>
<https://www.neuemedienmacher.de>



Meltem Arsu, Neue Deutsche Medienmacher:innen/
Handbook Germany

Meltem Arsu ist Redakteurin im Projekt Handbook Germany der Neuen deutschen Medienmacher:innen. Das Projekt informiert neu angekommene Menschen aus sogenannten „Drittstaaten“ in acht Sprachen zum Leben in Deutschland. Sie bringt Expertise zu den Bedarfen verschiedener Communities mit und weiß, worauf es bei der Ansprache und der Zielerreichung sowie -bindung ankommt. Dabei ist ihr eine diskriminierungsarme und antirassistische Sprache, interkulturelle Sensibilität sowie Empowerment für rassismuserfahrene Menschen sehr wichtig.

→ **KONTAKT:** meltem.arsu@gmail.com

EINFÜHRUNG

Die Amtssprache ist Deutsch. Diese Haltung ist noch immer weit verbreitet. Das ist einerseits richtig und andererseits nur die halbe Wahrheit. Institutionen, die verstanden werden möchten, müssen ihre Kommunikation laufend überprüfen. Das ist in der Pandemie mehr als deutlich geworden. Dabei geht es nicht nur um Fremdsprachen, sondern auch um Fachsprache versus einfache Sprache, um Hochsprache versus leichte Sprache, und um Barrieren ganz anderer Art.

In diesem Workshop wird Meltem Arsu vorstellen, wie Inhalte so transportiert werden können, dass Sender und Empfänger in einer Migrationsgesellschaft zueinanderkommen. Dabei konzentriert sie sich auf den digitalen Raum und die Möglichkeiten, die dieser bietet.

VORTRAG

In ihrer Präsentation hob Frau Arsu die Bedeutung von Mehrsprachigkeit in der Arbeit von Behörden hervor. Dabei legte sie den Schwerpunkt auf digitale Informationsangebote.

„Alle erreichen“: Der erste Schritt zu einer barrierefreien Kommunikation sei es, dieses „Alle“ ernst zu nehmen. Dann rückten auch diejenigen Menschen in den Fokus, für die die Angebote der Behörden und Institutionen ungesehen blieben, da sie der deutschen Sprache nicht oder kaum mächtig seien oder für die in anderer Weise Kommunikations-hürden besüßten.

Im Workshop ging es vor allem um die Kommunikation mit Menschen, die der deutschen Sprache nicht, noch nicht oder nicht ausreichend mächtig sind. „Die Amtssprache ist Deutsch“ sei ein nach wie vor gängiges Argument, um sich mit Mehrsprachigkeit nicht auseinandersetzen zu müssen. Zu einem Einwanderungsland gehöre es jedoch, nicht nur die Sprache des Aufnahmelandes zu fördern, sondern auch Mehrsprachigkeit zu integrieren und zu fördern, die Identität aller anzuerkennen und Teilhabe zu ermöglichen.

Die Bedürfnisse der Bürger:innen stehen im Selbstverständnis von Behörden (im besten Fall) an erster Stelle. Um ihre Angebote diesen Bedürfnissen anzupassen, müssen die Behörden sie kennen. Dies setzt voraus, dass man mit den Bürger:innen – und nicht nur mit den deutschsprachigen – in engem Kontakt ist. Informationen auf Behördenwebsites sollten generell leicht verständlich sein, und die Strukturen, Ziele und Aufgaben der Behörden sollten deutlich dargestellt sein.

Wichtige Voraussetzungen für gelingende Mehrsprachigkeit sind interkulturelle Sensibilität und Expertise, ein adäquates Wording, die Sichtbarkeit von Migrantinnen und Migranten, diskriminierungsarme und antirassistische (Bild-)Sprache, direkte Ansprache, das Kennen der Bedarfe und der Interessen. Beschäftigte mit Zuwanderungs- bzw. Fluchterfahrung können wichtige Brückenbauer:innen zwischen Behörden und Bevölkerung sein.

In einer kurzen Übung wurde reflektiert, wie vorzugehen sei, um eine behördliche Website auf eine mehrsprachige Seite umzustellen. Im Plenum wurden Ideen gesammelt: Erst müsse es darum gehen zu überlegen, welche (von vielen) Inhalten übersetzt werden sollten, da es unrealistisch sei, alle Seiten vollständig in mehrere Sprachen zu übersetzen. Symbole und Grafiken könnten eine stärkere Rolle spielen. Websites sollten generell häufiger „entmüllt“ und die Inhalte kürzer gefasst werden. Es sei auch wichtig, das passende Wording zu wählen und kurze Sätze zu bilden. Man solle keine Abkürzungen verwenden und auf einen klaren Aufbau achten.

Im Anschluss an das Brainstorming stellte die Referentin ihre Tipps zur Umsetzung der Mehrsprachigkeit vor: Es sei wichtig, keine 1:1-Übersetzungen anzufertigen. Auch solle man die Systeme und Strukturen zumindest ansatzweise kennen, aus denen die Communities kämen. Man solle die Systeme und Strukturen in Deutschland erläutern. Idealerweise sollten die Übersetzer:innen zugleich auch Redakteur:innen und Teil der Redaktion sein. Übersetzungsarbeiten sollten einem gängigen Ablauf folgen. Man müsse auf das Alphabet und die Schreibrichtung anderer Sprachen achten.

Die Referentin zeigte Beispiele anhand von Handbook Germany. Hier liegt der Fokus auf dem Peer-to-Peer-Ansatz. Es habe sich als hilfreich erwiesen, dass viele Mitarbeiter:innen selbst Migrant:innen und Flüchtlinge seien. Sie kennen sich in ihren Communities aus und wissen, was den Menschen wichtig ist. Sie verfassen selbst die Beiträge und stellen sie in den sozialen Medien zur Verfügung.

DISKUSSION

Im zweiten Teil des Workshops schloss sich ein Gespräch zwischen Meltem Arsu, Dr. Elena Kreutzer und Veronika Kabis an. Elena Kreutzer ist Referatsleiterin Integration beim saarländischen Sozialministerium.

Frau Kreutzer berichtete von ihren persönlichen, sehr positiven Erfahrungen mit dem Aufwachsen in einer mehrsprachigen Familie, sowie von ihrer Forschungsarbeit in Luxemburg. Von dort könne man lernen, dass Menschen in der Lage sind, zwischen mehreren, manchmal sechs Sprachen zu wechseln und diese zu beherrschen. Das Saarland sei in der Selbstwahrnehmung gerne wie Luxemburg, könnte jedoch deutlich mehrsprachiger sein. Der Fokus liege (nur) auf Französisch.

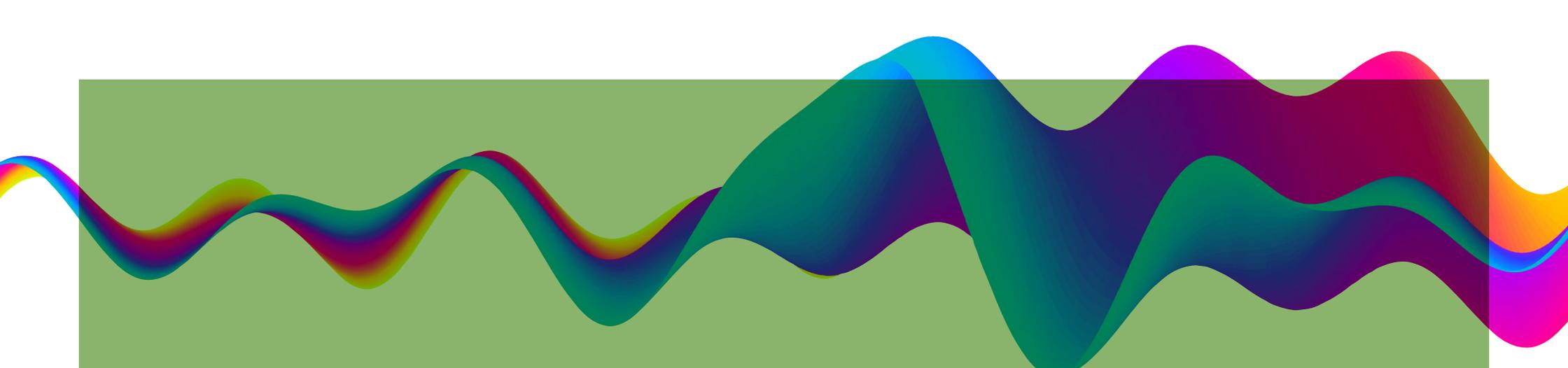
Frau Kabis wies auf ihre Erfahrung mit den mehrsprachigen Seiten des ZIB hin. Es gehe nicht nur darum, Inhalte zu übersetzen, sondern man müsse viel Vorarbeit in die redaktionelle Bearbeitung von

Inhalten investieren. Frau Arsu bestätigte, dass es in vielen Fällen sinnvoll sein könne, Informationen direkt in anderen Sprachen zu verfassen und unterschiedliche Formate zu verwenden: nicht nur Text, sondern auch Videoclips, Animationen oder Interviews. Am Feedback könne man ablesen, welche Inhalte tatsächlich interessierten. Wichtig sei es, Themen von großer Aktualität schnell und simpel zu veröffentlichen. Bei der Wahl der social media-Kanäle komme es auch auf die Community an, deren Kommunikationsgewohnheiten man gut kennen müsse.

Bei Handbook Germany trifft sich die Redaktion dreimal pro Woche, um die wichtigen Themen zu besprechen, zu recherchieren, Formate auszusuchen und herauszuarbeiten, was aus Sicht der Bürger:innen wichtig ist. Elena Kreutzer ergänzte, dass es auch darum gehen müsse, die Amtssprache zu vereinfachen und den hoheitlichen Ton der Amtssprache geerdeter und freundlicher zu gestalten. Das gelte auch für den Internetauftritt des Integrationsbereichs

des Landes. Die Website solle, so ihr persönliches Vorhaben, im nächsten Schritt mit bedarfs- und zielgruppenspezifischen Inhalten gespeist werden.

Bei der Landeshauptstadt wird ebenfalls an der Mehrsprachigkeit der Seiten gearbeitet. Einen wichtigen Baustein soll die Integreat-App bilden, die bereits in anderen Kommunen deutschlandweit Anwendung findet.



WORKSHOP

Keine Zeit zu verlieren Deutsch als Fremd- und Zweitsprache Aufgabe auf allen Ebenen

REFERENTINNEN:

Yvonne Symonds, Universität des Saarlandes/
Paritätisches Bildungswerk Rheinland-Pfalz/Saarland

Jeanine Horn, Universität des Saarlandes/BBZ
Sulzbach

Prof. Dr. Stefanie Haberzettl, Universität des
Saarlandes

MODERATION UND DOKUMENTATION:

Sandra Steinmetz, Landeshauptstadt Saarbrücken,
Zuwanderungs- und Integrationsbüro

→ <https://www.uni-saarland.de/lehrstuhl/haberzettl.html>



Yvonne Symonds, Universität des Saarlandes/
Paritätisches Bildungswerk Rheinland-Pfalz/Saarland

Yvonne Symonds ist DaZ-Fachberaterin für Sprachförderlehrkräfte an saarländischen Schulen (SEK I und BBZ) und Sprachförderlehrerin an der Kirchberg-Schule in Saarbrücken-Malstatt.

➔ KONTAKT: yvonne.symonds@uni-saarland.de



Jeanine Horn,
Universität des Saarlandes/BBZ Sulzbach

Jeanine Horn ist Studienrätin am BBZ Sulzbach-Neuweiler und dort unter anderem zuständig für DaZ-Schülerinnen und -Schüler auf verschiedenen Niveaustufen. Außerdem ist sie teilabgeordnet an den Lehrstuhl für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache der Universität des Saarlandes, wo sie unter anderem an der Aus- und Weiterbildung von DaZ-Lehrkräften beteiligt ist.

➔ KONTAKT: jeanine.horn@uni-saarland.de



Prof. Dr. Stefanie Haberzettl,
Universität des Saarlandes

Stefanie Haberzettl ist Professorin für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache an der Universität des Saarlandes. Dort ist sie unter anderem zuständig für DaZ in der Lehramtsausbildung und verschiedene Praxis- und Forschungsprojekte aus den Bereichen Sprachförderung und Sprachstandsdiagnostik.

➔ KONTAKT: s.haberzettl@mx.uni-saarland.de

EINFÜHRUNG

Für viele Kinder und Jugendliche, deren Familiensprache nicht Deutsch ist, sind Kindertageseinrichtungen und Schulen überwiegend die Orte, an denen sie ihre Deutschkenntnisse erwerben. Sowohl durch die informelle Kommunikation mit ihren Mitschüler:innen, Lehrkräften oder Erzieher:innen als auch durch die Bewältigung von Aufgaben im formalen Unterricht lernen sie altersgerecht Sprechen, Hören, Lesen und Schreiben. Gleichzeitig müssen Kinder und Jugendliche, die Deutsch als Zweitsprache (DaZ) erwerben, auch die fachlichen Inhalte aus den Sachfächern in einer ihnen evtl. noch unzureichend bekannten Sprache verstehen, verarbeiten, wiedergeben und transferieren lernen. Damit dies gelingt, gibt es an Schulen (und KiTas) häufig gezielte Sprachfördermaßnahmen, sei es in Form von additivem Sprachförderunterricht oder eine integrierte Sprachförderung durch spezielle geschulte Sprachförderlehrkräfte.

Im Workshop von Stefanie Haberzettl, Jeanine Horn und Yvonne Symonds wurden zu erwartende Auswirkungen der Pandemie auf den Bereich der Sprachentwicklung von DaZ-Kindern diskutiert und mögliche Lösungsansätze ausgelotet.

VORTRAG

Im Vortrag stellten die Referentinnen zunächst mögliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Auf- und Ausbau der Sprachkompetenzen im Deutschen (als Zweitsprache) dar: Der Kontakt zu deutschsprachigen Altersgenoss:innen ist für Kinder und Jugendliche mit nicht-deutscher Herkunftssprache ein wichtiger Baustein für den Erwerb des Deutschen als Zweitsprache. Aufgrund von pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen fiel das Sprachbad in der Freizeit häufig komplett weg und die Auseinandersetzung mit der deutschen Sprache fand überwiegend im schulischen Bereich bzw. in den Kindertageseinrichtungen statt. Doch auch dort wurden Kommunikation und gezielte Sprachförderung durch Schließungen der Einrichtungen, Unterrichtsausfall, Abstandsregelungen oder das Tragen von Masken erschwert.

Anhand empirischer Daten aus Erhebungen, die bereits vor der Pandemie durchgeführt wurden, erhielten die Teilnehmer:innen im weiteren Verlauf des Workshops einen Einblick in den Verlauf des DaZ-Erwerbs von Kindern und Jugendlichen. Die Daten zeigten, dass jüngere Kinder mit nicht-deutscher Herkunftssprache bei ausreichendem sprachlichem Input in der Regel nach maximal zwei Jahren an gleichaltrige Kinder mit Deutsch als Erstsprache aufgeschlossen haben. Zurückgegriffen wurde im Vortrag überwiegend auf mündlichen Sprachdaten, die bei der Entwicklung der sogenannten Wuschel-App erhoben wurden.*

* Die Wuschel-App ist ein zweiteiliges Verfahren, das in Gestalt eines Serious Game die teilautomatisierte Diagnose des Sprachstands bei Vorschulkindern (mit Deutsch als Erst- oder Zweitsprache) ermöglicht. Weitere Informationen unter <https://www.sprachstandsermittlung.daf.uni-muenchen.de/index.html> und <https://www.uni-saarland.de/en/chair/haberzettl/projekte/ladenburgerkolleg.html> [10.02.2022].

Du hast dein Geld verloren.



... Wieso habe ich auf einmal kein Geld mehr?

Weils dein Ge - weils dein Geld runtergefallen bei den Luftballons.

VOR CORONA:
 Kind mit L1 Türkisch, 5;3 Jahre, 3;11 J. Sprachkontakt:
 du hast es verloren beim Laufen
 als du wieder beim Karussell warst. und bei bei diesen Sachen
 <unsicher> bist hast du es verloren.

Ausschnitt aus der Präsentation mit Beispielen aus der „Wuschel-App“

Bei Jugendlichen hingegen ist der Erwerbsverlauf bereits stärker von weiteren Faktoren, z.B. der Herkunftssprache, beeinflusst und die Variation ist daher größer. Gezieltes Training steigert die Effektivität und besonders der Erwerb von konzeptioneller Schriftlichkeit stellt eine Herausforderung dar. Die durch die Pandemie entstandene „Lern-Lücke“ wird bei älteren Kindern und Jugendlichen vermutlich entsprechend größer sein und erfordert besondere Maßnahmen, um sie möglichst schnell zu schließen.



Schriftprobe eines Schülers
 (irakischer Kurde, 16 Jahre alt, vier Jahre in Deutschland)

DISKUSSION

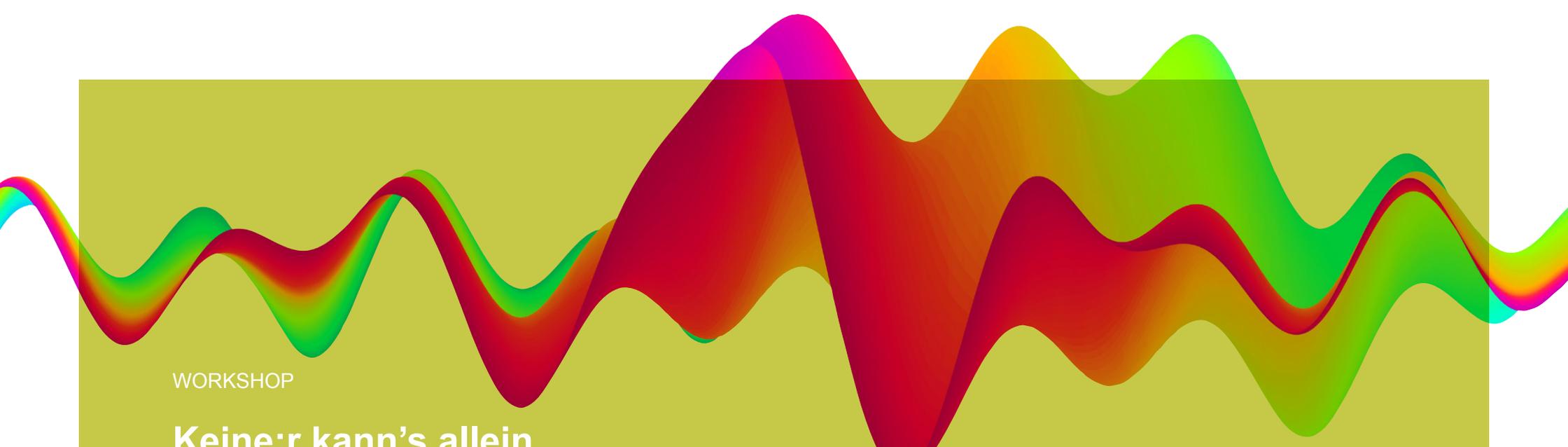
Im Anschluss an den Impuls durch die Referentinnen sollten zunächst drei Diskussionsgruppen aus Akteur:innen unterschiedlicher Zielgruppen gebildet werden (Bildungseinrichtungen, kommunale Einrichtungen, Wohlfahrtspflege), die sich aus ihrer jeweiligen fachlichen Perspektive über mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation austauschen konnten. Aufgrund der Gesamtgruppengröße von knapp zehn Teilnehmer:innen wurde jedoch nur eine Arbeitsgruppe gebildet, in der über Vor- und Nachteile bekannter Initiativen diskutiert wurde.

Solche Maßnahmen waren beispielsweise Tutorenprogramme, Brückenkurse oder Feriensprachcamps, in denen während der Schulferien auf spielerische Art und Weise, kombiniert mit verschiedenen Freizeit- und Bildungsangeboten, der Erwerb der deutschen Sprache gefördert werden kann. Solche Sprachcamps wurden bisher etwa am Standort Kirchberg in Malstatt in Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt, der Universität und Akteuren im Quartier (u.a. Paritätisches Bildungswerk, AWO) erfolgreich durchgeführt. Hervorgehoben wurde, dass bei solchen Initiativen nicht nur möglichen „Defiziten“ entgegengewirkt werden könne, sondern gleichzeitig auch besonders für solche Kinder und Jugendliche

Kreativ- und Freizeitangebote während der Ferien geschaffen werden, die aufgrund der finanziellen oder sonstigen Lage der Familien wenige Möglichkeiten zur Teilnahme an regulären kostenpflichtigen Angeboten haben. Durch die niedrighschwellige Herangehensweise würden außerdem neue Wege der Elternarbeit ermöglicht.

Insgesamt wurden zusätzliche Programme zur Aufarbeitung bestehender und entstehender „Lern-Lücken“ zwar als positiv bewertet und ihre Vorteile hervorgehoben, allerdings wurde auch angemerkt, dass der finanzielle und der Koordinationsaufwand häufig ein Hindernis seien, um entsprechende Konzepte nicht nur zu entwickeln, sondern auch umzusetzen. Auch die Verfügbarkeit von Personal und Kapazitäten für dessen fachliche Weiterbildung seien in vielen Fällen beschränkt, besonders während der Ferienzeiten. Diese könnten auch nicht immer durch ehrenamtliche oder studentische Hilfskräfte aufgefangen werden. Betont wurde außerdem, dass es neben Programmen, die Defizite im Nachhinein ausgleichen, mehr und bessere strukturelle Maßnahmen bräuchte, die auch im Falle von Krisen widerstandsfähig sind und verhindern, dass Lücken überhaupt erst entstehen. Dem Bereich Sprach-

förderung bzw. sprachlicher Bildung müsse mehr Wertschätzung entgegengebracht werden, weil der Spracherwerb für alle Lernbereiche eine wichtige Basis darstelle.



WORKSHOP

Keine:r kann's allein Zivilgesellschaft und Kommune Hand in Hand

→ <https://www.diakonie-saar.de/Soziale-Stadt-Quartiersmanagement-Saarbruecken-Malstatt>
<https://www.facebook.com/insieme.malstatt>

REFERENT:

Frank Schmitz, Landeshauptstadt Saarbrücken/
Amt für Gesundheit, Prävention und Soziales

MODERATION:

Hana Jelassi, Quartiersmanagement Saarbrücken-
Malstatt

DOKUMENTATION:

Lisa Homberg, htw saar



Frank Schmitz,
Landeshauptstadt Saarbrücken/Amt für Gesundheit,
Prävention und Soziales

Frank Schmitz ist Sozialplaner beim Amt für Gesundheit, Prävention und Soziales der Landeshauptstadt Saarbrücken und bringt viele Jahre praktischer Erfahrung in der Gemeinwesenarbeit mit. Migration spielt in seiner Arbeit eine große Rolle, beispielsweise im Projekt EULE.pro, das er von Seiten der Stadtverwaltung betreut.

➔ **KONTAKT:** frank.schmitz@saarbruecken.de



Hana Jelassi,
Quartiersmanagement Saarbrücken-Malstatt

Hana Jelassi ist seit Oktober 2016 im Stadtteil Malstatt als Quartiersmanagerin tätig. Gemeinsam mit den Bewohner:innen und vielen weiteren Akteur:innen möchte sie den Stadtteil so gestalten, dass die Menschen, die dort leben, sich wohl fühlen. Sie ist Netzwerkerin zwischen vielen Beteiligten und Vermittlerin zwischen den Menschen im Stadtteil und der Stadtverwaltung.

➔ **KONTAKT:** hana-jelassi@dwsaar.de

EINFÜHRUNG

Auch das hat die Pandemie gezeigt: Wo sich Behörden und Initiativen zusammentun, gelingt die Bewältigung von Krisen besser. Auch in „normalen“ Zeiten stellt sich die Frage, wie Verantwortung für die Stadt gemeinsam übernommen werden kann. Welche Voraussetzungen braucht es, und was erhöht die Wahrscheinlichkeit, damit es zur Zusammenarbeit von Kommune und Zivilgesellschaft kommt?

Moderatorin Hana Jelassi arbeitet seit 2016 in Malstatt als Quartiersmanagerin im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Sozialer Zusammenhalt Malstatt“. Mit diesem Programm sollen städtebauliche Maßnahmen im Stadtteil erfolgen. Dabei ist die Einbeziehung der Bürger:innen ein zentrales Element. Außerdem prägen ein ressortübergreifender Ansatz, Multidisziplinarität und Netzwerkarbeit das Quartiersmanagement.

Frank Schmitz arbeitet seit 2011 in der Stadtverwaltung als Sozialplaner. Er entwickelt Projekte und Maßnahmen und wirkt an sozialpolitischen Planungen mit. Auch in seiner Arbeit spielen das Netzwerken und die Kooperation eine zentrale Rolle.

VORTRAG

Gezeigt wurde ein Video (https://www.youtube.com/watch?v=8xxvLpmve_M) über die Initiative INSIEME. Sie ist im ersten Corona-Lockdown entstanden, als sich einige engagierte Menschen aus Zivilgesellschaft (z.B. Heiner Buchen vom Dekanat Saarbrücken, Guido Vogel-Latz vom Verein Malstatt gemeinsam stark und viele mehr) und Stadtverwaltung gefragt haben: Wer sind die Menschen, die aktuell nicht im Blick sind, und was können wir für den Zusammenhalt innerhalb der Stadt tun? Entstanden ist eine Lebensmittelausgabe für rund 300 Haushalte, insbesondere für solche, die durch die Corona-Pandemie in eine (unverhofft) schwierige Lebenssituation geraten sind. Getragen wurde das Projekt insbesondere durch junge, engagierte Leute.

Ein solches Projekt war nur möglich aufgrund der bereits bestehenden Kooperation zwischen den Projekten im Quartier und weiteren Netzwerkpartnern. Am Anfang stand eine sehr vage Idee, die bei einer Zusammenkunft per Videochat diskutiert wurde: Wie können wir uns gegenseitig und wie können wir anderen helfen, gut durch die Pandemie zu kommen? Wie können wir einen Beitrag zur Lebensmittelversorgung leisten, nachdem die Tafel in Burbach coronabedingt geschlossen hat? Wie überwinden wir unser eigenes Gefühl der Ohnmacht angesichts der „Verbannung ins Home Office“?

Neben Partnerschaft und Zusammenarbeit ging es bei INSIEME auch um Menschlichkeit. Die Menschen, die sich in solchen Projekten engagieren wollen, brauchen eine gute Koordination und Struktur, damit ihr Einsatz Früchte tragen kann. Dann erst kann ein Schneeballeffekt erzielt werden, der es immer mehr Menschen erlaubt, sich anzuschließen. Die Besonderheit von INSIEME lag im Zusammenschluss von Bürger:innen aus Stadtteilaktiven, Akteur:innen der Sozialen Arbeit und der Verwaltung. Die gleichrangige Beteiligung von staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene hat sich als besonders fruchtbar erwiesen. Dabei konnte zurückgegriffen werden auf die Erfahrungen aus einem früheren Projekt: „PatchWorkCity – Zusammenleben in Vielfalt“ (2017–2019).

DISKUSSION

Welche neuen Erkenntnisse liegen in diesen Beispielen fruchtbarer Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Kommune? Frank Schmitz verwies auf die Komplexität der aktuellen gesellschaftlichen Probleme und Entwicklungsaufgaben, die eine Überforderung einzelner Akteur:innen mit sich bringe. Die hoheitlichen Zeiten seien vorbei, in denen Behörden die Dinge vor Ort regelten. Politik und Verwaltung seien auf die Beteiligung sowie Organisation von Zusammenschlüssen angewiesen („Local Governance“). Diese Erkenntnis sei zwar nicht mehr neu, aber durch die pandemische Lage und weitere Krisen würde die Notwendigkeit besonders deutlich.

In die Diskussion eingebracht wurde das Thema Resilienz: Was macht eine Gesellschaft resilient, anpassungsfähig und robust, auch in Krisen? Auch hier habe sich gezeigt, dass man alleine schlechter vorankomme als gemeinsam in lebendigen und sektorenübergreifenden zivilgesellschaftlichen Netzwerken. Diese seien im besten Fall geprägt von Kommunikation, Kooperation und der Bereitschaft zur Aushandlung von Positionen und Lösungen.

Anhand eines Schaubildes erklärte Frank Schmitz, welche Voraussetzungen in der Praxis vonnöten sind. Im Mittelpunkt steht dabei eine „Kultur der offenen, inklusiven Kooperation“.

Damit Menschen sich „partizipatorisch emanzipieren“ könnten, müssten sie möglichst schon im Kindesalter entsprechende Sozialisationserfahrungen machen.



WEITERE PRAXISBEISPIELE

Hana Jelassi beschrieb den Verfügungsfonds im Rahmen von „Sozialer Zusammenhalt Malstatt“. Hier stünden 10.000 Euro im Jahr für Projekte zur Verfügung, die Bürger:innen und Vereine im Stadtteil unterstützen sollen.

Vorgestellt wurde das Projekt „House of Resources Saar“ (Emine Isgören und Kolleg:innen). In diesem für drei Jahre vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderten Projekt sollen Selbstorganisationen von Migrant:innen gestärkt, beraten und professionalisiert werden.

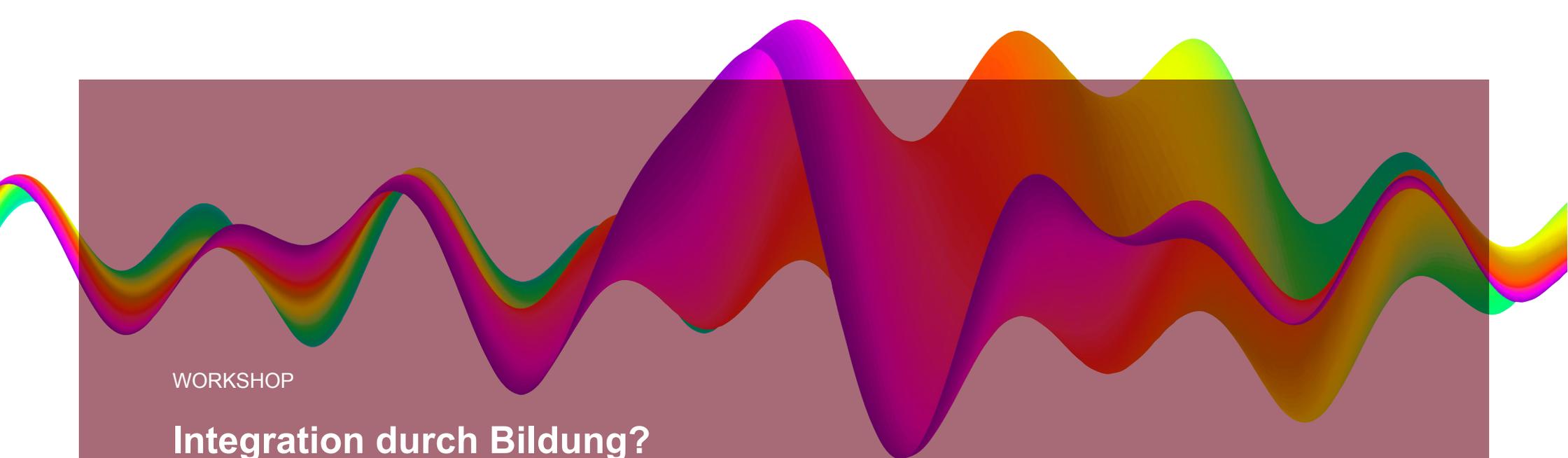
Hana Jelassi betonte die Stärke dieser Organisationen, gerade in der Zeit der Flüchtlingszuwanderung 2014/2015. Für Migrant:innen sei es wichtig, dass sie nicht nur konsumierten, was bereits da und geplant sei, sondern sie sollten vollwertig mit in die Planung einbezogen werden! Das gelte zum Beispiel auch für die islamischen Gemeinden, mit denen es in Malstatt eine fruchtbare Zusammenarbeit gebe.

Als weiteres, gelungenes Beispiel wurde die Glückswoche genannt („Auf der Suche nach dem Glück in besonderen Zeiten“) im April 2021, bei der INSIEME und die Landeshauptstadt mit vielen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zahlreiche Veranstaltungen auf die Beine stellten, um der bedrückenden Pandemie-Situation etwas Positives entgegenzusetzen.

Frank Schmitz betonte auch die Bedeutung der Dokumentation als einen wichtigen Aspekt der Zugänglichkeit und Sichtbarmachung. Hervorgehoben wurde auch die Unkonventionalität solcher Projekte, die eine besondere Kraft entwickelten.

Vielgesichtige Partnerschaften seien kein „nice to have“ sondern ein „must have“. Es müsse in dieses Arbeitsfeld investiert werden, so dass es auch als solches wahrgenommen werde, auch abseits einer Krise.

Die Zusammenarbeit wurde angemahnt auch bei kritischeren Themen. Genannt wurde explizit der Weg der Ausländerbehörde aus Saarbrücken. Bei Stellungnahmen, Netzwerkarbeit und Demos bleibe die Unterstützung von kommunalen Akteuren aus. Aus der Teilnehmendenrunde wurde darauf hingewiesen, dass eine offene Positionierung nicht immer möglich sei (beispielsweise dürfen Behördenmitarbeiter:innen nicht demonstrieren), die Stadt aber auf den ihr zur Verfügung stehenden Wegen mehrfach ihre Kritik zum Ausdruck gebracht habe. Die Kunst bestehe darin, die Netzwerke zu nutzen auf der Suche nach einflussreichen Personen, und auf diesem Wege ein Anliegen voranzubringen. Verständigung in Partnerschaften auf Augenhöhe müsse nicht behördenzersetzend sein, sondern könne Stärke hervorbringen.



WORKSHOP

Integration durch Bildung?

Wie Bildungsgerechtigkeit sozialräumlich gefördert werden kann

REFERENT:INNEN:

Prof. Dr. Christian Schröder, htw Saar
Prof. Dr. Ulrike Zöller, htw Saar

→ www.htwsaar.de/htw/sowi/fakultaet/personen/professoren/dr-christian-schroeder
www.saarbruecken.de/bildung/bildungswerkstatt

DOKUMENTATION:

Laura Scholl, htw Saar



Prof. Dr. Christian Schröder, htw Saar

Christian Schröder ist Professor für Methoden der Sozialen Arbeit an der HTW Saar. Er ist Mitglied in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft und Vorstandsmitglied der Sektion Organisationspädagogik der DGfE. Beim Projekt Bildungswerkstatt im Rahmen des Programms Sozialer Zusammenhalt Malstatt ist er, zusammen mit Prof. Ulrike Zöllner, zuständig für die wissenschaftliche Begleitung.

➔ **KONTAKT:** christian.schroeder@htwsaar.de



Prof. Dr. Ulrike Zöllner, htw Saar

Ulrike Zöllner ist Professorin an der Fakultät Sozialwissenschaften, Department Soziale Arbeit und Pädagogik der Kindheit der htw saar. Ihr Fachgebiet sind Theorie, Empirie und Methodik Sozialer Arbeit. Sie beschäftigt sich insbesondere mit Übergängen im Lebensverlauf, Integration in die Erwerbsarbeit und Ethik der Sozialen Arbeit.

➔ **KONTAKT:** ulrike.zoeller@htwsaar.de

EINFÜHRUNG

Bildungsgerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt sind Schlüsselaufgaben der Gesellschaft. Damit diese verfolgt werden können, braucht es Orte wie die „Bildungswerkstatt“ der Landeshauptstadt Saarbrücken, an denen zukunftsweisende Konzepte entwickelt und erprobt werden. Im Workshop wurde das Projekt Bildungswerkstatt unter postmigrantischer und partizipationstheoretischer Perspektive vorgestellt. Von diesem Impuls ausgehend wurde die Frage besprochen, wie Bildungsgerechtigkeit sozialräumlich gefördert werden kann.

Die theoretischen Überlegungen wurden in Resonanz gebracht mit den Erfahrungen von Praktiker:innen, die vor Ort arbeiten: Adina Wamsiedel (AWO) und Anna Witkowska (Diakonie).

VORTRAG

Die Bildungswerkstatt ist ein Projekt im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Sozialer Zusammenhalt Malstatt“. Ihr Konzept wurde seit 2018 unter Einbeziehung zahlreicher Bildungs- und Sozialakteur:innen in Malstatt und verschiedener Stadtämter geplant. 2022 beginnt die Bauplanung. Die Workshops, Aktionen und Veranstaltungen, die zum einen durch das Integrationsmanagement, zum anderen durch die mit der wissenschaftlichen Begleitung beauftragte htw organisiert wurden, haben einen Diskurs darüber angeregt, wie Bildungsgerechtigkeit sozialräumlich gefördert werden kann.

Prof. Christian Schröder und Prof. Ulrike Zöller erläutern vier Thesen zu folgender Aussage:
„Wir leben in einer postmigrantischen Gesellschaft“

1. Bildung in Ankunftsgebieten

Die Perspektive einer postmigrantischen Gesellschaft ist gerade für die Entwicklung einer Bildungswerkstatt in einem sogenannten Ankunftsgebiet essentiell. Im Vordergrund steht hierbei, Integrationsprozesse mit allen Bewohner:innen zu schaffen, die ihnen dann größtmögliche soziale Teilhabe ermöglichen.

2. Migration nicht als Sonderfall

Wir leben in einer pluralisierten Gesellschaft, die von migrationsgesellschaftlichen Tatsachen durchwoben ist. Hier schließt sich eine postmigrantische Perspektive als gesellschaftsanalytischer Rahmen von Bildungsprozessen an, damit Migration nicht zum Sonderfall, Mehrfachzugehörigkeit nicht zum Problem und Rassismus nicht zur Ausnahmeerscheinung erklärt wird.

3. Integration als zweiseitiger Prozess

Der Begriff Integration wird weiterhin als Schwerpunktaufgabe der politischen Aufgaben angenommen. Bei näherer Betrachtung der integrationspolitischen Bemühungen der Bundesrepublik wird aber deutlich, dass die politischen Handlungen im Wesentlichen aus der Perspektive der Einwanderungs- bzw. Mehrheitsgesellschaft erfolgen und sich damit auf die Menschen aus Einwandererfamilien konzentrieren. Integrationsbemühungen sind aber als ein zweiseitiger Prozess zu verstehen.

4. Eine plurale Gesellschaft wird durch Eingewanderte verändert

Integration ist, als sozialer Prozess in einer pluralen Gesellschaft, zweiseitig zu verstehen, bei dem es zwischen allen Gesellschaftsmitgliedern im Dialog zu einem Austausch über verschiedene Praxen und Ansichten kommt, wobei nicht sofort klar ist, welche dieser vielfältigen Praxen sich durchsetzen wird. Dieses Konzept geht davon aus, dass eine plurale Gesellschaft durch Menschen aus Einwandererfamilien verändert wird und auch verändert werden sollte (vgl. Castro Varela 2006).

Diskutiert wurde, inwiefern Partizipation ein Bildungsprozess sei. Wenn Menschen ihr Recht auf Partizipation (selbstbestimmt) verweigern, wird dieses Nicht-Partizipieren häufig als Mangel an Kompetenz interpretiert. Häufig ist es aber auch so, dass das Angebot nicht attraktiv genug war oder so genannte bildungsferne Jugendliche gar nicht erst aufgefordert wurden, sich zu beteiligen. Gehe man von diesen Überlegungen weg, könne man Partizipation als Bildungsprozess verstehen.

Einblicke aus der Praxis

Anna Witkowska arbeitet im Kinderbildungszentrum (KIBIZ) in Malstatt. Sie berichtete über das Problem, dass nach wie vor viele Abschlüsse und Qualifikationen von Menschen mit Migrationshintergrund nicht anerkannt würden.

Adina Wamsiedel ist Soziologin und arbeitet bei EULE.pro in Burbach und in Malstatt, wo sie Familien aus Osteuropa betreut. Durch Corona sei die Partizipation der Kinder erschwert. Die Klient:innen seien meist kinderreiche Familien mit wenig Platz und geringen kulturellen und Bildungsressourcen. Ob Projekte angenommen würden, hänge immer davon ab, ob es gelinge, die Eltern davon zu überzeugen und strukturelle Probleme (Mobilität, Zeit etc.) zu überwinden.

DISKUSSION

Nach wie vor werde Integration von Menschen erwartet, die Problematik stecke aber in den strukturellen Rahmenbedingungen. Daran wolle die Bildungswerkstatt anknüpfen und die Denkrichtung umkehren, mit dem Ziel, gemeinsam eine Utopie zu gestalten.

Zu berücksichtigen sei die Erkenntnis aus verschiedenen Studien, dass Menschen im Schnitt sieben bis fünfzehn Jahre brauchten, um beruflich in Deutschland anzukommen. Sie müssten sich um viele andere Dinge kümmern und hätten andere Prioritäten. Das stimme mit der Praxiserfahrung überein. Wichtig sei es, Angebote dennoch zu machen und zuverlässig weiterzuführen, auch wenn sie nicht immer sofort angenommen werden. Als sinnvoll hätten sich auch schulkulturelle Projekte erwiesen, die in den Unterricht integriert und alle Kinder einschließen würden.

Wichtig sei Vertrauen. Als Beispiel wurde ein Projekt im Kinderbildungszentrum KIBIZ genannt: kulinarische Reise um die Welt. Frauen hätten sich beim gemeinsamen Kochen sehr geöffnet und von ihrer Migration erzählt. Begegnungsräume seien deshalb besonders wichtig. Die Bildungswerkstatt könne ein solcher Ort der Begegnung mit einfachen Projekten und dauerhaften Angeboten werden.

Diskutiert wurde die Frage, wie eine schulische Karriereförderung gelingen könne, damit Schüler:innen mit Migrationshintergrund große Wünsche und Ziele haben, denn erst dann verändere sich Gesellschaft. Menschen müssten zunächst drei Ebenen durchlaufen: Anerkennung auf der Beziehungsebene, Rechte bekommen und Solidarität in der Gesellschaft. Dann müssten Konzepte entwickelt werden, die auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten seien und nicht einem von der privilegierten Bildungsschicht entworfenen Bildungsverständnis entsprächen. Das Bild von den ungebildeten Migrant:innen sei so stark im gesellschaftlichen Denken verankert, dass selbst die Unterstützungssysteme Migrant:innen mit Vorurteilen begegneten und sie chronisch unterschätzten und unterforderten. Wichtig seien Vorbilder und Mentor:innen in gesellschaftlich hohen Positionen.

Das Thema Demokratiebildung stehe ganz oben auf der Agenda, aber sie sei oft nur als Angebot für privilegierte Schüler:innen konzipiert. Auch hier könne die Bildungswerkstatt ansetzen.

Virtueller Marktplatz

Beim virtuellen Marktplatz konnte man sich in unterschiedlichen Räumen umsehen und Projekte und Menschen kennenlernen.

MIGRIS: bietet Gründungsinteressierten mit Migrationshintergrund kostenlose Unterstützung auf dem Weg in die berufliche Selbstständigkeit. Im Gespräch: Sera Babakus und Stefanie Valcic-Manstein.
<https://fitt.de/projekte/referenzprojekte/migris>

MINET Saar: Das Netzwerk bei der FrauenGender-Bibliothek bringt Mentorinnen und Mentees zusammen. Im Gespräch: Iulia Fricke.
<https://frauengenderbibliothek-saar.de/minet-saar-mentoringnetzwerk-fuer-migrantinnen/>

House of Resources Saar: Das HoR berät, qualifiziert, fördert und vernetzt Migrant:innenorganisationen, interkulturelle Vereine und Initiativen. Im Gespräch: Emine Isgören, Camilo Berstecher und Kolleg:innen.
<https://www.hor-saar.de/>

Daniel Osorio: Der Komponist und Musiker präsentierte elektroakustische und visuelle Musik, wie er sie bei seinem Festival EVIMUS jedes Jahr im November im KuBa zeigt.
<https://danielosorio.de/>

Dar-In: Der Verein setzt mit ungewöhnlichen Ideen und Aktivitäten neue Impulse für Verständigung und Dialog. Im Gespräch: Amer Mohamed und Anja Laue.
<https://dar-in.org/de/>

Change Network: die Plattform von und mit People of Color und Allies. Im Gespräch: Farida Boukari und Steven Commey-Bortsie.
<https://change-network.org/>

Antidiskriminierungsforum Saar: Das ADFS berät Menschen, die Diskriminierung erlebt haben, und nimmt übergreifende und mehrdimensionale Ursachen und Mechanismen von Diskriminierung in den Blick. Im Gespräch: Karin Meißner und Kolleg:innen.
<http://www.adf-saar.de/>

EULE.pro: Das EULE-Team bei der AWO berät Menschen aus Ost- und Südosteuropa und ist immer gut für kreative Projekte und Veranstaltungen. Im Gespräch: Adina Wamsiedel.
https://www.saarbruecken.de/leben_in_saarbruecken/familie_und_soziales/zuwanderung_und_integration/netzwerke_in_der_integrationsarbeit/projekt_eule_pro

com:unity saar: Das ist die gemeinsame Plattform der Partnerschaften für Demokratie der Landeshauptstadt und des Regionalverbands Saarbrücken. Träger sind fugeefilms und das Antidiskriminierungsforum Saar. Im Gespräch: Christian Bart.
<https://comunity-saar.de/>

ZIB: Das Zuwanderungs- und Integrationsbüro stellte sich vor und ließ Orte der Migration in Saarbrücken in einem Bilderrätsel erraten. Im Gespräch: Veronika Kabis, Sandra Steinmetz, Jasmin Gertung, Christine Mhamdi und Julia Weinhold.
www.saarbruecken.de/zib

MIK Saar: Das Muslimische Informations- und Kompetenzzentrum Saar organisiert Vorträge, Fortbildungen und Veranstaltungen und engagiert sich in Seelsorge und interreligiöser Verständigung. Im Gespräch: Mehdi Harichane.
<https://www.facebook.com/miksaarland/>

Diana Lion: Dehnen und Mobilisieren nach längerem Sitzen! Diana Lion ist Yogasana-Yoga-Lehrerin-SKA® und Mitglied im Verband der Yogalehrenden im Kneipp Bund.
<https://www.diyoga.de/>



Abschluss

„Die Tagung hat Kampfgeist gegeben“

REFERENTIN:

Dr. Dominique Gillebeert,
Stadt Ingelheim, Migrations- und Integrationsbüro

MODERATION:

Sandra Steinmetz, Landeshauptstadt Saarbrücken,
Zuwanderungs- und Integrationsbüro



Dr. Dominique Gillebeert,
Stadt Ingelheim, Migrations- und Integrationsbüro

Dr. Dominique Gillebeert ist Leiterin der Stabsstelle für Vielfalt und Chancengleichheit in Ingelheim am Rhein. Sie ist Mitglied im Landesbeirat des Landes RLP für Migration und Integration, in der Landesarbeitsgemeinschaft der Integrationsbeauftragten RLP, im bundesweiten Qualitätszirkel zur Integrationspolitik und im Sprecher:innenkreis des Initiativ-ausschusses RLP.

Ihr Fachgebiet sind Vielfalts-, Integrations- und Asylpolitik, kommunale Entwicklungspolitik sowie der Umgang mit Diversität in einer pluralen Gesellschaft. Als Referentin der vhw beschäftigt sie sich insbesondere mit der Erstellung und Fortschreibung von Integrations- und Vielfaltskonzepten, vielfaltsensibler Sprache, Umgang mit Vielfalt in der Stadt und dem Zugang zu bislang schwer erreichbaren Zielgruppen.

➔ **KONTAKT:** dominique.gillebeert@ingelheim.de

Migration und Vielfalt weiterdenken: Das war die große Zielsetzung der heutigen Tagung; es ist gleichzeitig eine Aufgabe, die wir für die Zukunft mitnehmen.

Sich die Aufgabe zu stellen, ist gerade jetzt sehr wichtig, denn wir befinden uns in einer Umbruchphase, die Dinge in unserer Gesellschaft sind in Bewegung. Große Themen wie Migration, Digitalisierung, Globalisierung, Klimakrise und nicht zuletzt die Corona-Pandemie beschäftigen uns und beeinflussen unser Leben.

In der Auseinandersetzung mit allen diesen Themen in einer pluralen, demokratischen Gesellschaft stellen wir uns die Frage: Wie wollen wir leben? Corona zeigt wie durch ein Brennglas, wo die gesellschaftlichen Probleme liegen, wo die Konfliktlinien und Herausforderungen verlaufen. Integrationserfolge stehen auf dem Spiel (siehe Vortrag von Yasemin Bekyol), Rassismus und Diskriminierung nehmen zu.

Die Tagung fordert jede:n Einzelne:n von uns auf, in diesem Rahmen weiterzudenken. Diese Aufgabe, die wir uns damit heute gestellt haben, ist komplex und vielschichtig. Unser Auftrag ist es, möglichst alle

mitzunehmen, inklusiv zu denken und nicht nur die Privilegierten im Blick haben. Der Aufgabe müssen wir uns auch digital stellen, wenn Begegnung pandemiebedingt nicht möglich ist,

Dennoch oder gerade deshalb müssen wir uns dieser Aufgabe stellen, wenn wir nicht planlos in die Zukunft hineinstolpern, sondern Ideen zur Gestaltung der Zukunft haben wollen; wenn wir ideengeleitet nach vorne gehen und etwas verändern wollen. Dabei haben wir immer das große Ziel vor Augen: Vielfalt und Diversität sollen nicht zu Ungleichheit führen.

Ziehe ich nun ein Resümee, zurückblickend auf den Tag, dann konnten wir alle zusammen natürlich diese Fragen nicht abschließend beantworten. Darauf wurde auch schon heute Morgen von Veronika Kabis hingewiesen. Dennoch hat die Tagung heute Großes bewirkt. Hier möchte ich ein großes Lob aussprechen. Denn das Wichtigste, das heute bei der Tagung gelungen ist, ist Hoffnung zu geben, Mut zu machen. Wie es eine Teilnehmerin treffend formuliert hat: „Die Tagung hat Kampfgeist gegeben.“ Es wurden positive Tendenzen aufgezeigt. Es wurde deutlich, wie viel Engagement in Saarbrücken und Umgebung vorhanden ist. Viele Ideen und viel Wissen wurden zusam-

mengetragen. Und die Teilnehmenden haben es gewagt, groß und durchlässig zu denken.

Außerdem hat die Tagung Schwerpunkte gesetzt. Wollen wir Vielfalt und Migration weiterdenken, dann gibt es einige Themen, die wir unbedingt in den Blick nehmen und weiter bearbeiten müssen:

Strukturen: Obwohl Deutschland Einwanderungsland ist und wir in einer postmigrantischen Gesellschaft leben, sind viele Einrichtungen noch nicht in dieser Gesellschaft angekommen. Viele Strukturen sind von einem nationalistischen Diskurs geprägt, sie atmen Vorurteile, und Macht wird zu wenig reflektiert.

Es geht darum, Strukturen zu verändern und eine rassismuskritische Perspektive auf Strukturen und Einrichtungen einzunehmen. Dazu müssen wir Ressourcen bündeln, intersektionell denken, Durchlässigkeit schaffen und Netzwerke bilden.

Kommunikation: Wir müssen uns mit der Frage auseinandersetzen, wie wir in einer pluralen Gesellschaft miteinander kommunizieren. In der Corona-Pandemie haben wir gelernt, dass wir dies nicht nur in Präsenz, sondern auch in digitaler Form lernen

müssen. Es geht um vielfaltsensible Sprache und Mehrsprachigkeit und darum, inklusiv zu kommunizieren, wenn wir alle erreichen wollen. Digitalisierung ist eine Chance für die Kommunikation, zugleich baut sie neue Hürden auf. Wir müssen aufpassen, dass keine neuen Gaps entstehen. Menschen müssen befähigt werden, an der Kommunikation teilzuhaben.

Umgang mit Fragmentierung: Die Diversifizierung der Gesellschaft geht einher mit einem Gefühl des Verlusts von Einheit. Die Sorge vor einer Zersplitterung kanalisiert sich häufig am Thema Migration. Unsere Aufgabe besteht nun darin zu lernen, mit Fragmentierung umzugehen, jenseits von Vereinheitlichungsfantasien und Einheitsdenken. Wichtig ist, klar zu sehen, dass Diversität, auch Rassismus, uns alle angeht, dass wir alle davon betroffen sind und alle aufgefordert sind, Verantwortung zu übernehmen.

Haltung: Die Tagung hat gezeigt, dass es darum geht, gemeinsam eine Haltung zu entwickeln, um mit Vielfalt professionell umzugehen. Es geht um kollektive Lernprozesse. Dabei handelt es sich um einen Ermächtigungsprozess, der ergebnisoffen geführt werden muss und mit vielen Herausforderungen

einhergeht. Ein anderes Denken, ein anderes Verständnis von Migration, Vielfalt und Integration sind gefragt.

Was braucht es aber, um Migration und Vielfalt überhaupt weiter denken zu können?

Auch hier hat die Tagung eine deutliche Antwort gegeben. Es braucht Menschen, Engagement, Initiative, Sensibilität, Vermittlung, Moderation, Anlässe und Dialog.

Das ist die zweite wirklich gute Nachricht, die von dieser Tagung ausgeht: All das ist in Saarbrücken vorhanden! Es gibt viele Beteiligte auf allen Ebenen, die sehr motiviert sind und konzeptuell arbeiten; die Strukturen anpassen und verändern wollen, die praktische Lösungen suchen und konkret werden; die nach Anlässen suchen, Konzepte im Hier und Jetzt umzusetzen. Mit anderen Worten: Saarbrücken ist gut aufgestellt und verfügt über stabile Rahmenbedingungen und viele Ressourcen, um Migration und Vielfalt weiterzudenken.

Trotzdem war die Tagung jedoch nicht blind für Herausforderungen. Diese Risiken und Aufgaben wurden herausgearbeitet:

- Vorsicht vor der Ethnozentrismus-Falle! Vielmehr gilt es, intersektionell zu denken und zugleich da, wo es erforderlich ist, Migration, Migrationshintergrund und Kultur in den Blick zu nehmen.
- Es besteht immer die Gefahr einer Arroganz der Mehrheitsgesellschaft und einer Überempfindlichkeit der Minderheitskultur. Diesen Balanceakt müssen wir immer wieder versuchen. Wir müssen einander zuhören und Wege der Kommunikation finden.
- Vorsicht mit Etikettierungen! Der Blick muss auf den ganzen Menschen gerichtet sein.
- Nicht nur utilitaristisch denken (Zugewanderte als nützlich für Deutschland), sondern auch soziale Aspekte sehen.
- Digitalisierung hat Grenzen. Künstliche Intelligenz reproduziert Vorurteile und Rassismus.
- Gesellschaftliche Entwicklungen brauchen Zeit, Geduld, Bescheidenheit, Beharrlichkeit und langen Atem.
- Wir brauchen eine gute Streitkultur, in der nicht nur nach Harmonie gestrebt wird. Konflikte nehmen zu, wenn mehr Menschen am Tisch sitzen und auch immer stärker in Entscheidungen einbezogen werden möchten („Integrationsparadox“).
- Integration führt in der Regel zu mehr Heterogenität, nicht zu weniger!
- Komplexität gilt es auszuhalten. Oft gibt es keine einfachen Lösungen, manchmal gar keine.
- Es sollten nach Möglichkeit alle mitgenommen werden, auch diejenigen, die sich schwer tun mit Veränderung.
- Kritisches Denken ist gefragt. Weiterdenken ist kein einfacher Prozess. Mit Konflikten muss gerechnet werden.
- Es muss weitergearbeitet werden an Professionalisierung und Empowerment.

Ziehe ich Bilanz, so möchte ich auch zwei Punkte ansprechen, die ich als Bonuspunkte der Tagung hervorheben möchte.

Erstens hat die Tagung die Arbeit in Saarbrücken in einen größeren Zusammenhang gestellt. Das lokale Geschehen wurde eng verbunden mit globalen Entwicklungen. Die Tagung hat versucht, den Blick auf das Ganze zu werfen, Wechselwirkungen und Verbindungen mitzubetrachten.

Zweitens hat auch das Format der Tagung selbst Migration und Vielfalt weitergedacht. Der Auftrag weiterzudenken wurde auch für die Tagung selbst ernst genommen. Begegnung wurde ermöglicht, in Zeiten von Corona digital. Viele Teilnehmende haben zum Ausdruck gebracht, wie wichtig dies ist, gerade in einer Zeit, in der kaum Begegnung stattfindet. Auch Kunst und Bewegung wurde (digitaler) Raum gegeben. Die Plattform war für viele neu und ungewohnt. Wenn man sich darauf einließ, war sie jedoch sehr vielversprechend, da waren sich viele Teilnehmende einig.

Zusammenfassend lässt sich heute also festhalten, Migration und Vielfalt weiterdenken ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie bringt einen großen Veränderungsbedarf in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen mit sich. Sie erfordert einen andauernden Dialog, offline und online. Sie braucht eine rassismuskritische Perspektive, die Macht und Vorurteile in den Blick nimmt. Migration und Integration weiterdenken heißt mitmachen, Teilhabe ermöglichen, Verantwortung übernehmen, Ally sein.

ich nehme mit: Wir wollen gemeinsam an einer Teilhabegesellschaft arbeiten, an sozialer Gerechtigkeit in einer pluralen Demokratie. Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Organisatorinnen und allen Beteiligten für die Hoffnung und den Mut und wünsche viel Erfolg beim Weiterdenken und Umsetzen des Weitergedachten.

Feedback

Sandra Steinmetz

Im Anschluss an die Tagung wurden die Teilnehmer:innen darum gebeten, ihr Feedback durch die Beantwortung eines Online-Fragebogens anonym zu hinterlassen. Die Teilnehmer:innen konnten ihre Erfahrungen in den einzelnen Workshops oder auf dem virtuellen Marktplatz mitteilen, Kritik oder mögliche Wünsche für zukünftige Veranstaltungen äußern und einzelne Punkte der Veranstaltungsorganisation (u.a. Anmeldung, Kommunikation, Durchführung) auch mithilfe einer Skala bewerten (0–5 Sterne).

Im Bereich der Workshops wurden besonders häufig die Auswahl der Themen und die Möglichkeit zum intensiven Austausch in den kleineren Gruppen positiv hervorgehoben. Auch die Auswahl der Referent:innen sowie die Kombination aus Theorie und (Verwaltungs-)Praxis kam bei den Teilnehmer:innen besonders gut an.

Wortwolke – Was hat Ihnen am Workshop besonders gut gefallen?



„Dass die Idee eines Welcome Centers in SB in den Fokus gerückt und diskutiert wurde. Die Eindrücke aus Stuttgart geben Inspirationen und Ansätze.“

„Dass es nicht nur ein Vortrag war, sondern dass es viel Interaktion zwischen den Teilnehmern gab.“

„Unglaublich kompetenter Referent und eine nie vorher erlebte Mischung in dem Thema aus Innovation und Ethik.“

„Dass man einen Einblick in die aktuelle Lage bekommen hat. Außerdem war es nicht nur theoretisch, sondern viel anhand von praktischen Beispielen erklärt.“

„Interessante Beispiele aus der Praxis und authentische Darlegung, mit welchen Problemen Zugewanderte auch heute noch zu kämpfen haben, um in ihrem Beruf arbeiten zu können.“

Die Verwendung der Plattform Hyhyve wurde teilweise mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Während das individuelle Design und die zusätzlichen Möglichkeiten besonders bei der Durchführung des virtuellen Marktplatzes sowie des musikalischen und sportlichen Rahmenprogrammes von vielen als Vorteil und erfreuliche Abwechslung zu gewohnten Videokonferenzen empfunden wurden, sorgten Verbindungsprobleme und teilweise unzureichende Wiedergabequalität auch einzeln für Kritik.

„Es hat trotz digitalem Marktplatz, ein bisschen das Feeling einer echten Tagung gehabt.“

„Die Flexibilität, Auswahl der Personen, besonders schön auch die Idee des musikalischen Angebots (leider anfangs technische Schwierigkeiten), und Sport, insgesamt vielleicht etwas lang.“

„Thema, Einladung, Layout, Briefing – die Veranstaltung hätte von mir im Normalfall 5 Sterne erhalten; allerdings Überlagerung durch die technischen Schwierigkeiten.“

Wortwolke – Was hat Ihnen am virtuellen Marktplatz besonders gut gefallen?



„Die Vernetzung und Gespräche mit vielen verschiedenen Teilnehmenden und Organisationen. Das hat aus meiner Sicht gut funktioniert und war spannender als die „üblichen“ Videokonferenzen. Hier hatte man deutlich die Stärken der Plattform Hyhyve erlebt.“

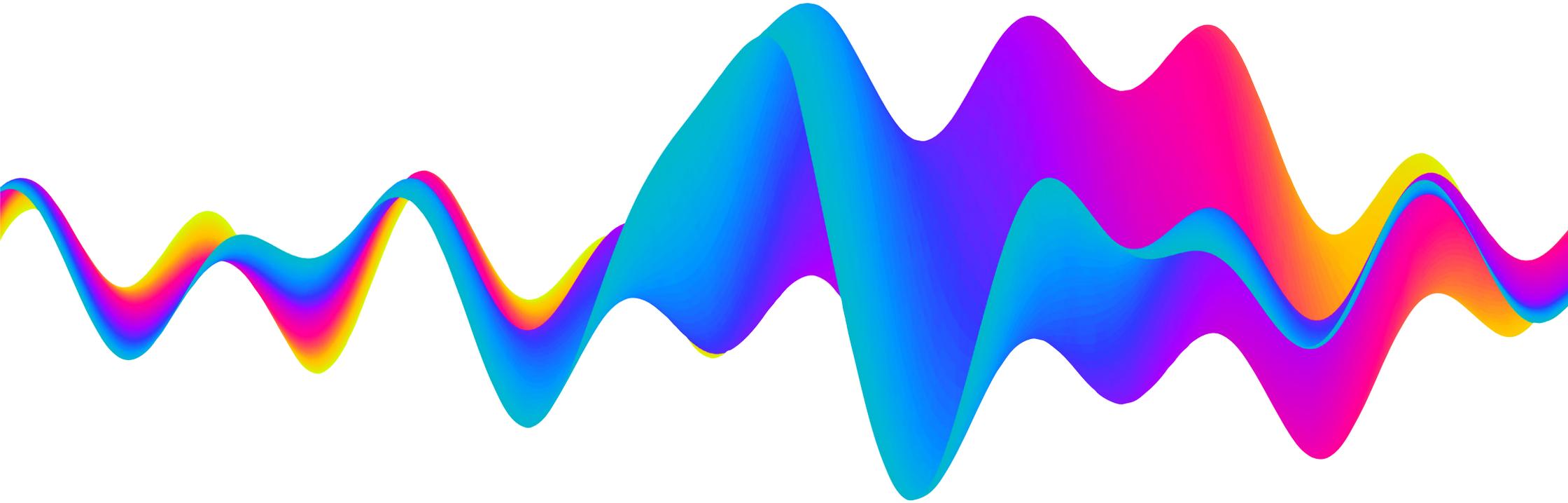
Insgesamt wurde die Organisation und Durchführung der Veranstaltung jedoch überwiegend sehr positiv bewertet und besonders der Mut hervorgehoben, neue Dinge auszuprobieren und zu zeigen, dass es sich lohnen kann, die eigene Komfortzone zu verlassen.

„Wieder etwas Neues auszuprobieren, das war auch von den Organisatoren sehr mutig.“

„Die Einladung war ausgesprochen ansprechend erstellt, die komplette Vorbereitung hoch professionell. Vielen Dank dafür!“

„Mir gefiel der Mut, etwas Neues auszuprobieren, auch wenn immer mit Störungen gerechnet werden muss.“

„Danke ! ...für den Versuch, die Onlineveranstaltung so lebendig wie möglich zu gestalten.“



IMPRESSUM

Herausgeberin: Landeshauptstadt Saarbrücken
Redaktion: Veronika Kabis, Sandra Steinmetz
Zuwanderungs- und Integrationsbüro
Bildnachweise: Seite 3 Wolfgang Klauke
Seite 16 Vivien Huss (Steven Commey-Bortsie)
Seite 20 Jannis Hutt
Erscheinungsdatum: April 2022

INTERNATIONALES SAARBRÜCKEN

Migration und Vielfalt weiterdenken.

KONTAKT

Landeshauptstadt Saarbrücken
Zuwanderungs- und Integrationsbüro (ZIB)
Rathaus St. Johann
66104 Saarbrücken

Telefon +49 681 905-1559
Telefax +49 681 905-1596

zib@saarbruecken.de
www.saarbruecken.de/zib

Landeshauptstadt
**SAAR
BRÜ
CKEN**